II. AbendlandDie abendländisch-föderalistischenNeugliederungskonzepte

1. Abendland als Metapher für ein konföderiertes Europa

Der Begriff "Abendland" – hervorgegangen aus dem lateinischen Nomen "occidens", das im Römischen Reich die Verwaltungseinheit des Westteiles des Imperiums bezeichnete – umschrieb seit dem Mittelalter die Kultur und die geistige Einheit Europas, die sich auf das deutsch-römische Kaiser- und Papsttum stützte. Das "Heilige Römische Reich deutscher Nation" war sinnfälligster Ausdruck des Begriffs "Abendland". Nach dem Untergang des Reiches zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde die Idee des Abendlandes zu einer Art konfessioneller Berufungsinstanz gegen den Protestantismus. Neue Attraktion verzeichnete der Begriff nach der Niederlage des Ersten Weltkrieges, gestützt auf die Ausführungen Oswald Spenglers in seinem Buch Der Untergang des Abendlandes¹. Der Kulturphilosoph definierte Abendland als die "westeuropäische, heute über den ganzen Erdball verbreitete Kultur"². Ausgelöst durch diese Veröffentlichung, fand der Abendlandbegriff ein breites, aber auch kritisches Echo, insbesondere weil Spengler sich nicht auf eine Auseinandersetzung mit dem europäischen Christentum als kulturellem und geschichtlichem Faktor eingelassen hatte.

Katholische Kreise entwickelten in der Weimarer Republik die Abendlandvorstellungen weiter; sie konnten sich auf Ausarbeitungen, die der Rheinländer Romanist Hermann Platz³ schon zu Beginn der zwanziger Jahre entwickelt hatte, berufen. Sein Name ist wie kein anderer mit der katholischen Abendlandbewegung verknüpft. Der Bonner Studienrat sah den Begriff "Abendland" an das Reich Karls des Großen territorial gebunden, inhaltlich durch "Antike, Christentum und romanisch-germanische Völkerwirklichkeit"⁴ bestimmt und als die Vereinigten Staaten von Europa⁵ politisch am Horizont heraufziehen. Das publizistische Organ, die Zeitschrift Abendland, gab seit Oktober 1925 die Marschrichtung an; Abendland und Europa waren Begriffe, die weitgehend inhaltlich gleich und bis zur Austauschbarkeit identisch gehandhabt wurden6. Die Über-

¹ Die Erstausgabe stammt aus dem Jahr 1918 (Spengler, Untergang, 1918).

² Spengler, Untergang, 1979, S. 70.

³ Hermann Platz (1880–1945), 1900 Abitur in Landau; Studium der Theologie in Würzburg; seit 1902 Studium der Romanistik in Straßburg; 1905 Promotion; 1906–19 Studienrat in Düsseldorf unterbrochen durch Kriegsteilnahme (1914–18); seit 1920 Studienrat am Gymnasium in Bonn; 1925–30 Mitbegründer und Autor der Zeitschrift Abendland; 1945 kommissarischer Kultusminister für das Gebiet des späteren Nordrhein-Westfalen; am 4. 12. 1945 nach kurzer Krankheit verstorben. Vgl. auch: Berning, Platz.

⁴ Etwa in einem Vortrag, den Platz vor einem Gremium der Rheinischen Zentrumspartei am 16. 12. 1923 hielt; vgl. Platz, Deutschland, S. 4.

⁵ "Paneuropa wird neu werden aus der Idee des Abendlandes"; ebenda, S. 29.

⁶ Zur Genese des Begriffs "Abendland" vgl. Hürten, Topos, S. 131–154 und Ders., "Abendland", S. 27–31. Die Prägung erhielt der Begriff durch Spengler, Untergang. Hermann Platz hingegen betonte die christlich-katholische Prägung der Kultur Westeuropas und damit des Abendlandes. Er verfaßte zu diesem Lemma zwei Lexikonartikel, die in der fünften Auflage des Staatslexikons von

schätzung des nationalen Gedankens und die Negierung der westeuropäischen Traditionen ließen im Falle des "Anschlusses" Österreichs 1938 "die abendländische Idee ausdrücklich zur Waffe gegen die nationalsozialistische Anschlußpropaganda und Rassenideologie" werden⁷. Spätestens damit trat die Abendlandbewegung in Opposition zum chauvinistischen Nationalismus insgesamt. Der Nationalsozialismus behandelte die abendländisch-föderalistischen Akteure als Staatsfeinde und Hochverräter, deren Weg zumeist in die Konzentrationslager und Gefängnisse führte.

Der Begriff "Abendland" war deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wie andere Wörter tabu geworden⁸. Vielmehr brachten diejenigen, die sich als "Abendländer" bezeichneten, damit zum Ausdruck, Menschen des europäischen Westens zu sein; sie betonten die enge geistige Verbindung mit Frankreich und der lateinischen Tradition sowie die konsequente Ablehnung des Nationalsozialismus. Die katholisch-abendländischen Vorstellungen konnten nach 1945 einigen Boden gutmachen, wenngleich eine in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreitete antiföderalistische Grundstimmung sich als ungünstige Ausgangslage erwies⁹. Im besetzten Deutschland sollte die Abendlandidee der als politisch nützlich erachteten und gewünschten Integration Europas die intellektuelle und historische Basis liefern. Gleichzeitig stellte sich die Frage nach dem künftigen staatlichen Aufbau Deutschlands, die einstimmig im föderalistischen Sinne beantwortet wurde. Ein dezentralisiertes Deutschland schloß zwingend die Existenz föderalistisch aufgebauter und wirtschaftlich lebensfähiger Länder ein. Daher konnten überzeugte "Abendländer" nach 1945 nicht umhin, Neugliederungsvorschläge für das durch die Besatzungszonen fernerhin zersplitterte Südwestdeutschland zu erarbeiten.

Die "Vereinigung Abendland" in Freiburg

Die ersten Aktivitäten der "Vereinigung Abendland" 10 datieren auf Anfang September 1945 zurück und hängen eng zusammen mit dem Wirken von Leutnant Maurice Jordy, dem für Information und Propaganda zuständigen französischen Offizier der Bezirksmilitärregierung Freiburg. In einem für dessen Dienststelle requirierten Gebäude stellte die Besatzungsmacht einen Konferenzsaal für propagandistische Unternehmungen zur Verfügung. Dorthin berief Jordy in den folgenden Wochen unter dem Stichwort "Abendland" einige Sitzungen ein, mit denen er sich insbesondere an das universitäre Milieu wandte; hatte er doch Anfang September aus Baden-Baden den Auftrag von Jean Arnaud, dem Directeur de l'Information, mitgebracht, die Gründung einer abendländischen Vereinigung zu forcieren. Als fatal sollte sich erweisen, daß Jordy die ersten Sitzungen selbst leitete und damit die "Vereinigung Abendland" von Beginn an unter dem Vorwurf der Kollaboration zu leiden hatte. Der Spiritus rector auf deutscher Seite, der

¹⁹²⁶ und im Großen Herder von 1931 erschienen sind; Platz, Abendland, 1926 und Ders., Abendland, 1931.

⁷ Hürten, Topos, S. 144.

⁸ Hürten, "Abendland", S. 29.

⁹ Lange, Bestimmungsfaktoren, passim.

¹⁰ Quellenmaterial ist vorhanden in: AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A, AdO HCFA AC c. 883 und AdO HCFA AP Dir. de l'Int. c. 3304 p. 105 d. 2; StadtA FR C 5/1857 und im rudimentär erhaltenen NL Josef Ruby.

Versicherungskaufmann Dr. Josef Ruby¹¹, nahm ebenfalls an den vorbereitenden Sitzungen teil. Seit Anfang Juni 1945 hatte der Freiburger Versicherungsdirektor versucht, bei den französischen Stellen die Erlaubnis für eine deutsch-französische Vereinigung mit dem Hinweis auf die "große europäische Familie" und den Mentalitätsunterschied zwischen Nord- und Süddeutschen zu erwirken¹². Erfolg war ihm aber im Sommer nicht beschieden. Im Herbst 1945 arbeitete der ausgewiesene Regimekritiker und Katholik in den maßgeblichen Sitzungen federführend im Arbeitsausschuß, der für die Gründung der "Vereinigung Abendland" zuständig war, mit¹³. Nach mehreren Vorfällen¹⁴ blieben jedoch einige der bis dahin mitwirkenden Freiburger Universitätsprofessoren den Sitzungen fern.

Am 26. November 1945 konnte Josef Ruby dennoch zur Gründung der "Vereinigung Abendland" schreiten. Die Aufgaben des Vereins wurden klar umrissen: Pflege des abendländischen Geistes bei gleichzeitiger Förderung des Verständnisses für Frankreich. Im Sitzungssaal der Wirtschaftskammer Freiburg, der von dessen Leiter, Friedrich Leibbrandt¹⁵ – dem Vertreter des föderalistischen Flügels der badischen Sozialisten und selbst Gründungsmitglied der Vereinigung –, zur Verfügung gestellt worden war, partizipierten 56 Personen an dem Gründungsakt. Nachdem Ruby die Anwesenden, unter ihnen auch die beiden französischen Leutnants Jordy und Toussaint, begrüßt hatte, hielt er anschließend ein alle Kernbereiche streifendes Referat¹⁶. Bezüglich des staatlichen

¹¹ Josef Ruby (1885–1960), Abitur am Bertoldgymnasium in Freiburg i. Br.; Studium vier Semester Theologie, dann Volkswirtschaft an der Albert-Ludwigs-Universität; Gründungsmitglied der "Freien Vereinigung katholischer Studenten" und der "Akademischen Vinzenzkonferenz"; Redakteur der katholischen Zeitung Germania in Berlin; im Umkreis von Großstadtseelsorger Dr. Carl Sonnenschein (vgl. Kap. IV/1); Teilnahme am Ersten Weltkrieg; Prokurist bei der Holzfirma Himmelsbach in Freiburg; nach deren Bankrott im Versicherungsgeschäft tätig; Direktor der "Katholischen Volkshilfe"; Zentrumsmitglied; Gründungsmitglied der katholischen Baugenossenschaft "Familienheim"; vor und nach dem Zweiten Weltkrieg in der Versicherungsbranche tätig; Hilfe für jüdische Kinder und ausländische Zwangsarbeiter; Verhöre durch die Gestapo; 1945 Vorsitzender der "Vereinigung Abendland"; 1945 Mitarbeit in der Zentrumsgruppe und der CAG; 1946 Mitglied der BCSV; 1948 durch Papst Pius XII. zum Komtur des Ritterordens vom hl. Papst Sylvester ernannt. Hinweise auch bei K. Färber, Ruby und o. A., Ruby.

 ¹² Josef Ruby: "Exposé [Vereinigung Abendland]" vom 1. 6. 1945 (masch. 7 S.); StadtA FR C 5/30.
 ¹³ Die erste Sitzung fand nach Angaben von Ruby am 4. 9. 1945 statt. Vgl. dazu: "Die ,Vereinigung Abendland e. V.". Entstehung, Wesen und Ziele" (masch. 8 S.). Referat von Josef Ruby vom 26. 11. 1945; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

¹⁴ Auf einer der vorbereitenden Sitzungen kam es zu einem Eklat. Die Universität Freiburg wurde nämlich als "Insel der Deutsch-Nationalen" bezeichnet und als "preußische Gefahr" für das badische Volk dargestellt. Daraufhin blieben die meisten Professoren den Sitzungen fern; "Rapport sur la formation, le développement et l'activité de la Société Abendland (Septembre-Décembre 1945)"; AdO HCFA Dir. de l'Int. c. 3304 p. 105 d. 2. Die französischen Quellen geben über weitere Zwischenfälle keine näheren Auskünfte, man sah es aber rückblickend als schweren Fehler an, die Sitzungen durch Jordy leiten zu lassen. Dadurch geriet die aus diesen Sitzungen hervorgehende "Vereinigung Abendland" in den Augen der Öffentlichkeit in den Geruch, Ableger einer französischen Behörde zu sein. Vgl.: "Note sur Abendland" [März 1946]; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

¹⁵ Zur Biographie Friedrich Leibbrandts (1894–1960) und dessen Rolle in der Neugliederungsdiskussion vgl. Kapitel V/1.

^{16 &}quot;Die 'Vereinigung Abendland e.V.' – Entstehung, Wesen und Ziele" (masch. 8 S.). Referat gehalten von Josef Ruby auf der Gründungsversammlung am 26. 11. 1945; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

Wiederaufbaus empfahl Ruby eine "abendländisch-westliche", vollständige Neuorientierung mit dem Ziel der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Dafür sollte eine enge kulturelle Zusammenarbeit mit dem benachbarten Frankreich¹⁷ das Fundament bilden, zumal Ruby die gebannten Zuhörer wissen ließ, daß "die Grundlagen unserer Kultur durchaus gemeinsam sind und zwar christlich-römisch-germanisch" ¹⁸. Die Neuorientierung nach Westen galt nicht nur ihm als Allheilmittel. Die vorbereiteten Satzungen der Vereinigung wurden im Anschluß an das Referat Rubys durch Abstimmung angenommen, und die zügige Wahl der Vorstandschaft beschloß den Abend¹⁹.

Die "Vereinigung Abendland" sah sich als eine Sammelbewegung der Geläuterten, die von der Überzeugung getragen waren, daß Kriege unzeitgemäß geworden seien. Die Aufklärung und Umerziehung der deutschen Bevölkerung standen im Vordergrund der Bemühungen, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war Ausgangspunkt aller Überlegungen. Daraus ergab sich das erklärte Ziel der "Vereinigung Abendland": Zur Sicherung des Friedens und zur Aussöhnung mit Frankreich wurde die europäische Einigung auf föderalistischer Grundlage angestrebt²0. "Im Tiefenbewusstsein lebt eben doch das Gefühl eines gemeinsamen Nährbodens, einer urmütterlichen geistigen Heimat, des Abendlandes. Wie immer das neue Weltbild der einzelnen europäischen Völker aussehen wird, – abendländisch wird es nur sein, wenn es getragen wird von christlichem und humanitärem Geist."²¹ Sehr deutlich geht aus diesen Zeilen Josef Rubys tiefe Verwurzelung im Katholizismus hervor²². Von der "geistigen und kulturellen Gemeinsamkeit und der sittlichen Gesamtverantwortung der abendländischen Völker" überzeugt, konnte Ruby die konkrete politische Umsetzung der Abendlandidee nur in der europäischen Einbettung seiner föderalistischen Neugliederungsgedanken erkennen.

Weder in den Satzungen noch im Sitzungsbericht der Gründungsversammlung finden sich jedoch eindeutige Spuren der von Ruby mitgetragenen Neugliederungsdiskussion; und dennoch wurde sie heftig innerhalb der "Vereinigung Abendland" geführt. Wie anders wäre es zu erklären, daß Friedrich von Chamier, ein junger Freiburger Student und zugleich Schriftführer der "Vereinigung Abendland", in seinem Austrittsschreiben vom 13. Januar 1946 ausdrücklich davor warnte, "irgendwelche föderalistischen Intentionen

¹⁷ In diesem Zusammenhang sei auch auf die Denkschrift Rubys "Deutschland-Frankreich" (masch. 3 S.) [1945/48] verwiesen; NL Josef Ruby.

^{18 &}quot;Die ,Vereinigung Abendland e. V.", ebenda.

^{19 &}quot;Sitzungsbericht über die Gründungsversammlung der Vereinigung Abendland e. V. vom 26. November 1945" (masch. 12 S.); AdO HCFA AC c. 883. In die Vorstandschaft wurden gewählt: Erster Vorsitzender Dr. Josef Ruby, Zweiter Vorsitzender Dr. Gerhard Heiland, Dritter Vorsitzender Prof. Willibald Gurlitt, Schriftführer Friedrich von Chamier, Kassenverwalter Otto Schwarz, Erster Beisitzer Dr. Friedrich Leibbrandt, Zweiter Beisitzer Franz Schneller, Dritter Beisitzer Dr. Eugen Fink, Vierter Beisitzer Franz Rieger und Fünfter Beisitzer Dr. Wolfgang Hoffmann.

²⁰ Fäßler/Grohnert, Hauptstadt, S. 415.

²¹ "Entwurf – Vereinigung Abendland"; Entwurf eines Werbeflugblattes vom Februar 1946; AdO HCFA AC c. 883.

²² Auf dem Freiburger Katholikentag 1929 lernte Ruby den damaligen Nuntius in Berlin, Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII., kennen; Interview mit Gertrud Ruby vom 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a. Daß diese Begegnung für beide Männer nicht unbedeutend war, beweist die Ernennung Rubys zum Komtur des Ritterordens vom hl. Papst Sylvester im Jahr 1948 durch Papst Pius XII.

in der Vereinigung zu propagieren", um dann mit erhobenem Zeigefinger fortzufahren: "Vor allem aber warne ich dringendst vor einem Rückfall in irgendeine Rassentheorie in der neuen Form einer alemannischen Volksbewegung."²³ Der national-deutsche Standpunkt von Chamiers verbot jedes Planspiel, das die "Gefahr einer neuen unheilvollen Zersplitterung" Deutschlands mit sich gebracht hätte²⁴. Gegen die abendländisch motivierten Föderalismuspläne des Zirkels um Ruby war von Chamier "contrecœur"²⁵.

Das Konzept einer stammesmäßigen Gliederung Deutschlands spielte in der "Vereinigung Abendland" demzufolge intern eine gewichtige Rolle. Welchen Part der Philosoph Eugen Fink²6 als dritter Beirat bei der stammesföderalistischen Diskussion übernommen hat, muß wegen Quellenmangels im dunkeln bleiben. Der Freiburger Oberbürgermeister Wolfgang Hoffmann jedenfalls, selbst Beisitzer der "Vereinigung Abendland", gab sich 1947 durch seitenlanges Zitieren aus Otto Fegers Schwäbisch-Alemannischer Demokratie in der Beratenden Landesversammlung als ausgewiesener Experte der stammesmäßigen Einteilung des Südwestens zu erkennen²7. Die entscheidenden Stichworte²8 für die Neugliederungsdiskussion innerhalb der "Vereinigung Abendland" hat Josef Ruby von einem langjährigen Freund der Familie, Bernhard Dietrich, bezogen, der seit Ende April 1945 zum Bürgermeister der Stadt Singen am Hohentwiel berufen war. Die Freundschaft der beiden Familien dürfte wahrscheinlich auf die gemeinsame Zeit im

²³ Austrittsschreiben Friedrich von Chamiers aus der "Vereinigung Abendland" vom 13. 1. 1946; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

²⁴ Friedrich von Chamier: "Wege zur wahren Demokratie. Untersuchungen und Vorschläge über die Möglichkeit der Gestaltung einer demokratischen Bewegung in Deutschland", [Freiburg Sommer 1945] (masch. 33 S.); EAF NL Gröber Nb 8/68.

Von Chamier glaubte in der unübersichtlichen Lage des Jahres 1945 an die Möglichkeit von drei politischen Szenarien für Baden: 1) Der Verbleib Badens im deutschen Staatsverband 2) Die Schaffung einer alpinen Union bestehend aus Baden, Württemberg, Bayern und Österreich (von Chamier konnte schon im August 1945 General Koenig von der Alpenlandbewegung berichten, Informationen, die er nur von Ruby erhalten haben kann; von Chamier an Koenig vom 20. 8. 1945; AdO HCFA Con. Pol. 197-III-0) 3) Die Annexion Badens durch Frankreich und die Verschmelzung mit dem Elsaß; ebenda S. 5 f. Diese Überlegungen decken sich mit den Informationen des US-Geheimdienstes vom Februar 1945: "Nach Angaben von Kriegsgefangenen gibt es allein in Baden drei Varianten der Autonomiebwegung: Eine wünscht den Anschluß ans Elsaß und an Frankreich, eine andere die völlige Unabhängigkeit und eine dritte eine föderative Union mit Württemberg und Bayern innerhalb des Reiches"; "Das Wiederaufleben des deutschen Regionalismus" (21. 2. 1945); NA RG 226, OSS CID 118584; übersetzt und abgedruckt bei Borsdorf/Niethammer, Befreiung, S. 139-144, hier S. 143. Analysen politischer Emigranten für das amerikanische Außenministerium im Bericht "Particularism and Separatism in Germany"; NA OSS R & A Nr. 2337; erwähnt bei Söllner, Archäologie, Bd. 1, S. 233.

²⁵ Interview mit Max Müller vom 27. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

²⁶ Eugen Fink (1905–1975), 1925 Abitur in Konstanz; 1925–29 Studium der Philosophie, Germanistik, Geschichte und Volkswirtschaft in Münster, Berlin und Freiburg; 1929 Promotion bei Edmund Husserl; 1928–38 wissenschaftlicher Mitarbeiter von Husserl; 1940–45 Kriegsteilnehmer; 1946 Habilitation; 1948 ordentlicher Professor in Freiburg; 1949–50 Aufbau des Husserl-Archivs; 1971 Emeritierung. Weitere biographische Angaben bei: Fink/Schütz, Fink, S. 117 ff.

²⁷ Zu Hoffmanns Position in der Neugliederungsdebatte und seiner Rolle innerhalb der BCSV vgl. Kapitel V/1.

²⁸ Die Alpenlandpläne gehen nicht auf "Politiker des [sic!] BCSV um Josef Ruby" zurück, sondern sind eindeutig auf Bernhard Dietrich zurückzuführen. Auch die Annahme, Ruby habe sich am "früheren Habsburger Reich" orientiert, ist irreführend; tatsächlich hatten die Vorstellungen keinen direkten monarchistischen Hintergrund; vgl. Fäßler/Grohnert, Hauptstadt, S. 414.

"Reichsbund der Kinderreichen" in den Weimarer Jahren zurückreichen²⁹. Bei der Evakuierung von Freiburg im Jahr 1939 war die Familie Ruby in Singen im Hause von Dietrich für mehrere Wochen untergekommen³⁰. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr die Freundschaft neuen Auftrieb, Dietrich besuchte des öfteren die Familie Ruby in Freiburg. Ab Sommer 1945 stand bei diesen Treffen immer die politische Diskussion im Vordergrund. Klar hatte Dietrich bereits Stellung bezogen, ihm schwebte eine Konföderation der alpinen und voralpinen Gebiete unter der Bezeichnung "Alpenland" vor. Mit einer gleichnamig betitelten Broschüre hatte er im Spätsommer 1945 die ersten Impulse gegeben³¹. Die Diskussionen mit Dietrich färbten in ienen Monaten entscheidend auf Ruby ab, obwohl letzterer diesbezüglich immer einen Rest Skepsis bewahrte. Aber beide verband die scharfe antipreußische Grundeinstellung und die Überzeugung, daß die politische Struktur der Heimat auf der Grundlage eines politisch geeinten schwäbisch-alemannischen Volkstums zu beruhen habe. Im Diskussionskreis, der unregelmäßig im Hause Ruby zusammentraf, waren auch des öfteren der Freiburger Philosophiedozent und Heideggerschüler Max Müller³² und der katholische Redakteur Karl Färber³³ zugegen.

Ein tiefverwurzelter Antiborussianismus leitete auch Rubys Vorgehen und Einstellung gegenüber den Professoren der Universität Freiburg. Die Alma mater war in seinen Augen eine geistige Bastion der Reaktion und der preußisch-nationalistischen Indoktrination. Sein äußerst gespanntes Verhältnis zu Gerhard Ritter³⁴ ist dafür charakteristisch.

²⁹ Interview mit Franz Ruby am 15. 3. 1995; StadtA KN Cc 775 a.

³⁰ Interview mit Gertrud und Rudolf Ruby am 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

³¹ Vgl. Dietrich, Alpenland. Zu Dietrichs Neugliederungsplänen vgl. Kapitel III/1.

³² Max Müller (1906–1994), Studium der Geschichte, Romanistik, Germanistik und Philosophie in Berlin, München, Paris und Freiburg; starker Einfluß von Martin Heidegger; Mitglied des katholischen Hochschulbundes "Neudeutschland"; 1937 von der Universität Freiburg verwiesen; 1939 Dozent am Theologenkonvikt in Freiburg; 1946 Mitbegründer der BCSV; 1946 Ordinarius für Philosophie in Freiburg; 1960 Professur in München.

³³ Karl Färber (1888–1979), 1898–1907 Gymnasium in Ellwangen; 1907–11 Studium der Theologie in Tübingen; 1911–12 Priesterseminar in Rottweil; 1912–14 Studium der Philosophie und der Kunstgeschichte in München; 1914–18 Kriegsteilnahme; 1919–22 Redakteur bei der Augsburger Postzeitung; 1923–25 daselbst Chefredakteur; 1925–36 Chefredakteur der Freiburger Tagespost; 1930–33 Stadtrat in Freiburg (Zentrum); 1940–45 Korrespondent der Frankfurter Zeitung und der Kölnischen Zeitung; 1945–61 Chefredakteur des Freiburger Katholischen Kirchenblattes; 1949–74 Chefredakteur des Christlichen Sonntags (seit 1967: Christ in der Gegenwart); 1959 Großes Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland; zahlreiche weitere Ehrungen. Weiterführend: Siebler, Färber, S. 77 ff.

Auf der Grundlage von Constantin Frantz konstatierte Karl Färber den Niedergang des bündischen Moments seit 1870 und sprach von einer "Vergewaltigung" Süddeutschlands im Artikel "Föderalismus" in den Freiburger Nachrichten vom 22. 1. 1946: "nur durch die in der Weimarer Republik geschaffene einheitliche Verfassung konnte Hitler, konnte solch ein diktatorisches Regime, nachdem es im Norden, in Berlin, in Preußen und im Reich die Macht errungen, von dort aus die süddeutschen Länder niederringen und alles in den brutalsten Zentralismus einschmelzen"; gleichzeitig wies Färber auf das berechtigt "volkstümlich-Landschaftlich-Eigenständige [sie!]" als Gegenbegriff zur "Kleinstaaterei" hin.

³⁴ Zu Ritter vgl. Kapitel V/2. Von seinem Kollegen Ludwig Dehio auf die im Neuen Abendland erwähnte Agitation gegen "nicht allemannische [sic!] Professoren" (Dehio an Ritter vom 11. 4. 1946) aufmerksam gemacht, antwortete Ritter energisch: "Was in der Zeitschrift "Neues Abendland" steht, ist eine alberne Fiktion irgendeines Dummkopfes, hinter dem gar nichts steckt. Ich nehme das in keiner Weise ernst"; Ritter an Dehio vom 25. 4. 1946; BA NL [Gerhard Ritter] 166/327.

Zu viele nord- und ostdeutsche Professoren verhinderten seiner Ansicht nach die systematische Umwandlung der Universität "in eine Institution, deren Charakter alemannisch oder süddeutsch geprägt ist"35. Die Universität mußte daher ein Fremdkörper im eigenen Land bleiben. "Wir Alemannen sind dafür gut, diesen Herren mit preußischer Geisteshaltung das Gehalt zu bezahlen und sie danach unsere einheimische Jugend verpreußen zu lassen."36 Der Gedankengang Rubys gipfelte in der Feststellung, daß man erst dann zufrieden sei, wenn "wir die Herren in unserem Haus und auch in unserer Universität sein werden". Das Gefühl der Unterdrückung und der preußischen Dominanz kommt hierin augenfällig zum Ausdruck und erwies sich als Nährboden für weitere Forderungen im politischen Bereich. Dazu zählte für Ruby die Stärkung der Regionen und vor allem ein stammesmäßig gegliedertes Süddeutschland.

Noch vor der offiziellen Konstituierung hatte das "Komitee für die Gründung der "Vereinigung Abendland" am 16. November 1945 wegen einer Zeitschriftenlizenz bei der Militärregierung in Freiburg nachgesucht. Eine Redaktionskommission unter Leitung des Direktors der städtischen Bibliothek, Franz Schneller³⁷, hatte bereits die Vorarbeiten geleistet. Der Name der Zeitschrift sollte mit dem Namen der Vereinigung identisch sein: Abendland. Leutnant Jordy leitete das Gesuch an seinen mittelbaren Vorgesetzten, Oberstleutnant Marcellin, weiter und unterstützte nachdrücklich das Begehren³⁸. Wenige Tage später fand eine Unterredung zwischen Hauptmann Broistedt, dem in der Freiburger Oberdelegation zuständigen Informationsoffizier und unmittelbaren Vorgesetzten Jordys, und Josef Ruby statt. Das Resultat des Gespräches war eine erneute Antragstellung vom 3. Dezember 1945 einschließlich der Beifügung eines Exposés zur ersten Nummer von Franz Joseph Pootmann, dem zukünftigen Chefredakteur. Das Ziel der Zeitschrift bestand in der Propagierung einer christlich-demokratischen, d. h. abendländischen Ideologie in der Bevölkerung, da "das Schicksal der Völker das Resul-

^{35 &}quot;Pensées et propositions concernant la réorganisation de l'université de Fribourg" von Josef Ruby, Exposé an die Militärregierung; AdO HCFA AC c. 883. Das Leitmotiv faßte Ruby handschriftlich auf dem ersten Blatt oben rechts zusammen: "La Prusse historique c'est la guerre. Détruire la Prusse et déprussianiser la mentalité allemande c'est la paix".

³⁶ Ebenda

³⁷ Franz Schneller (1889–1968), 1899 Bertoldgymnasium in Freiburg i. Br.; 1902 Friedrichsgymnasium in Freiburg i. Br.; 1908–11 Apothekerlehre im Allgäu; 1914–18 Kriegsteilnahme als Schriftleiter in der Generalstabssektion bei der OHL in Berlin; 1919 Kritiker und Publizist in Freiburg; 1933 Schutzhaft, Ortsverweis und Publikationsverbot; 1940–45 Kriegsdienst; 1945 Direktor der Städtischen Volksbücherei Freiburg; 1946 Beginn der ständigen Mitarbeit im Landesstudio des SWF. Vgl. Bosch, Schneller, S. 336 ff.

Schnellers Heimatliebe und Regionalbewußtsein – ohne mit politischen Forderungen verbunden zu sein – fand noch nach zwei Jahrzehnten ihren Niederschlag: Ders., Alemannen. Die gemeinsame Kultur der Alemannen über alle Ländergrenzen hinweg faszinierte den Freiburger Bibliothekar, der als stammesverwandten Gewährsmann Hermann Hesse mit folgenden Worten zitierte: "Für mich ist die Zugehörigkeit zu einem Lebens- und Kulturkreise, der von Bern bis zum nördlichsten Schwarzwald, von Zürich und dem Bodensee bis an die Vogesen reicht, ein erlebtes, erworbenes Gefühl. Dies südwestdeutsch-schweizerische Gebiet ist mir Heimat, und daß durch dieses Gebiet mehrere Landesgrenzen und eine Reichsgrenze liefen, bekam ich zwar im Kleinen wie im Großen oft genug entscheidend zu spüren, doch habe ich diese Grenzen in meinem innersten Gefühl niemals als natürlich empfinden können. Für mich war Heimat zu beiden Seiten des Oberrheins, ob das Land nun Schweiz, Baden oder Württemberg hieß"; ebenda, S. 35.

³⁸ Jordy an Marcellin vom 19. 11. 1945; AdO HCFA AC c. 883.

tat ihrer Gesinnung ist"³⁹. Die Autoren waren allesamt ausgewiesene Regimegegner; Josef Ruby legte einen programmatischen Aufsatz vor, der die Absichten der "Vereinigung Abendland" darstellte, Dr. Rappenecker machte sich Gedanken über "Süddeutschland und der Föderalismus", und Reinhold Schneider⁴⁰ steuerte eine geschichtsphilosophische Betrachtung zum Phänomen Abendland bei.

Aber Baden-Baden reagierte auf die eingereichte Sondernummer vorerst nicht. Deshalb sah sich Leutnant Toussaint, Informationsoffizier des Stadtkreises Freiburg, veranlaßt, bei Oberst Loutre, dem Chef de la Section Presse, am 15. Dezember 1945 wegen der erforderlichen drei Tonnen Papier für die erste Nummer, die am 15. Januar erscheinen sollte, nachzufragen. Die positive Antwort ließ über zwei Wochen auf sich warten, erst mit Schreiben vom 28. Dezember 1945 traf die Genehmigung für die Monatszeitschrift Abendland ein41. Die Auflagenhöhe richtete sich nach dem genehmigten Papierkontingent und belief sich auf 20 000 Exemplare. Doch die Freude beim Redaktionsteam sollte nur kurze Zeit währen: die Zeitschrift Abendland wurde von Baden-Badener Stellen kurz darauf als unzulässige und letztlich schädliche Unterstützung konservativer Kreise empfunden. Auf einer Sitzung des Presseausschusses vertrat Generalverwalter Emile Laffon am 29. Januar 1946 die Ansicht, daß wegen spärlicher Nachrichten und mangelnder Präzision der Ziele eine weitere Protegierung der "Vereinigung Abendland" unverzüglich einzustellen sei. Hinter der Entscheidung stand die Vermutung, daß die "Vereinigung Abendland" zur politischen Plattform der im Dezember 1945 in Österreich verbotenen Alpenlandbewegung werden könnte. In Laffons Augen sprach einiges dafür, daß der Sitz der Bewegung nach Freiburg verlegt werden sollte.

Um die Entscheidung des Generalverwalters zu revidieren, führte Leutnant Jordy zusammen mit Josef Ruby und Gerhard Heiland wenige Tage später in Baden-Baden ein ausführliches Gespräch mit Jean Arnaud, dem Leiter der Direction de l'Information, und dem für die Presse zuständigen Oberst Loutre über die "Vereinigung Abendland" und deren Zeitschrift. Die Baden-Badener Offiziere insistierten auf einen Wechsel des Titels; der Begriff "Abendland" sei zu "gefährlich", der Titel könne leicht "falsch verstanden werden"⁴². Unter neuem Namen sei das Wiedererscheinen der Zeitschrift sofort möglich. Insbesondere Arnaud vertrat die Meinung, daß das Wort "Demokratie" im Namenszug der Vereinigung erscheinen müsse. Einer Änderung des Namens jedoch

³⁹ Franz Joseph Pootmann: "Exposé zur ersten Nummer der Zeitschrift Abendland" (o. D.); AdO HCFA AC c. 883.

⁴⁰ Reinhold Schneider (1903–1958), 1921 Abitur in Baden-Baden; 1921–28 landwirtschaftliches Praktikum bei Graf Robert Douglas (vgl. in diesem Kapitel Anmerkung 223) auf Schloß Langenstein im Hegau; 1929–32 Studien in Geschichte, Literatur und Philosophie; 1932–37 Wohnsitz in Potsdam; 1938 Umzug nach Freiburg i. Br.; 1941 Italienreise und Privataudienz bei Pius XII., Entzug der Druckgenehmigung; 1941–45 Zusammenarbeit mit Joseph Rossé (vgl. Kapitel III/1) und dem Colmarer Alsatia-Verlag; 1945 Anklage wegen Hochverrats; seit 1945 renommierter katholischer Schriftsteller; 1949 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Literatur in Mainz; 1952 Ritter des Ordens Pour le Mérite. Vgl. Landau, Schneider, S. 240–244.

⁴¹ Toussaint an Loutre vom 15. 12. 1945 und Section Presse an Toussaint vom 28. 12. 1945; beide Schreiben in: AdO HCFA AC c. 883.

⁴² Die "Vereinigung Abendland" könne in der Bevölkerung als offensichtlich französisch unterstützter Teil der Alpenlandbewegung verstanden werden. Eine Zusammenfassung des Gespräches gab Jordy in einem Brief, der Vorschläge zur Neubelebung der "Vereinigung Abendland" enthält; Jordy an Broistedt vom 23. 2. 1946; AdO Bade Con. Fribourg c. 2165 A.

konnten weder Ruby noch Heiland zustimmen, beide fühlten sich dadurch diskreditiert und lächerlich gemacht. Das Gespräch schien verfahren; Jordy rettete die Situation durch seinen Vorschlag, der Öffentlichkeit den Namenswechsel durch eine Umwandlung und Erweiterung der Gesellschaft zu erklären, was die Billigung aller Beteiligten fand. Auf der Rückfahrt nach Freiburg schossen die ersten Spekulationen ins Kraut: "Kulturbund für das neue Leben" oder "Kulturbund für Frieden und Freiheit" sollten die Alternativen sein.

Die Dominanz der beiden Freiburger innerhalb der "Vereinigung Abendland" war Jordy ein Dorn im Auge. Noch vor dem endgültigen französischen Rückzug plante er eine Reform der Gesellschaft durch Schaffung eines Direktionskomitees aus acht prominenten Mitgliedern, unter denen sich neben dem Markgraf von Baden auch Bernhard Dietrich aus Singen befinden sollte⁴³. Den Reformvorschlägen war kein Erfolg beschieden, denn General Schwartz hatte Jordy bereits für einen unbedeutenden Posten in Österreich vorgesehen⁴⁴, um sein politisches Engagement in andere Bahnen zu lenken. Mit der Versetzung des französischen Promotors verschwand auch die "Vereinigung Abendland" von der Bildfläche. Zwar stellte Ruby für die Gesellschaft noch eine demande d'autorisation bei der zuständigen französischen Stelle, doch die Unterlagen wurden ihm mit dem Hinweis auf das Fehlen der ausgefüllten Fragebögen zurückgeschickt. Die juristische Anerkennung blieb der Vereinigung somit verwehrt; von den ehemals 150 Mitgliedern im Herbst 1945 waren der Vereinigung im Frühjahr 1946 gerade noch 71 Bekenner verblieben.

Die Entscheidung war im Februar 1946 in Baden-Baden gefallen, die Zeitschrift Abendland wurde durch Umlenkung des Papierkontingents aus dem Verkehr gezogen⁴⁵. Der Versuch einer Bezirksmilitärregierung, unkoordiniert föderalistisch-abendländische Aktivitäten auf lokaler Ebene zu fördern, erwies sich als Fehlschlag und dient als Beweis für die Heterogenität der innerhalb der Besatzungsmacht vertretenen Konzepte. Der Generalverwalter zog seine Konsequenzen: "Es scheint nicht gerechtfertigt, [...] weiterhin diese Vereinigung zu unterstützen, die unter Bedingungen gegründet wurde, die deshalb zu Kritik Anlaß geben, weil eine zu direkte und zu offensichtliche Einmischung Ihres Vertreters in Freiburg [Maurice Jordy] stattfand", entschied Laffon mit einer schriftlichen Anweisung an Jean Arnaud am 11. März 1946⁴⁶.

Die "Vereinigung Abendland" war von Beginn an auf zu wackeligen Beinen gestanden, das Mißtrauen innerhalb der Bevölkerung fand seinen Ausdruck im Vorwurf der "Franzosenhörigkeit" und der Anbiederung an die Besatzungsmacht. Die nur bruchstückhaft nach außen dringende Neugliederungsdiskussion brachte die Vereinigung zudem in den Geruch des "Separatismus". Auch der Zeitpunkt der Gründung wurde von

⁴³ Jordy schlug namentlich Friedrich Leibbrandt, Eugen Fink und Wolfgang Hoffmann aus Freiburg vor. Neben Bernhard Dietrich trat er für den Markgraf von Baden als Direktionsmitglied ein, drei Stellen blieben vakant; Jordy an Broistedt vom 23. 2. 1946; AdO, ebenda.

⁴⁴ Schwartz an Laffon vom 22. 2. 1946; AdO HCFA Dir. de l'Int. c. 3304 p. 105 d. 2. Schwartz bezweckte mit der Versetzung Jordys, die Lebensfähigkeit der "Vereinigung Abendland" ohne den französischen Drahtzieher zu testen.

⁴⁵ Pelissier (Direction de l'Information) an [Marcellin] vom 7. 3. 1946; AdO HCFA AC c. 883. Pelissier stellte das für Januar und Februar zugeteilte Papier der kurz darauf erscheinenden Zeitschrift Badische Illustrierte zur Verfügung.

⁴⁶ Laffon an Arnaud vom 11. 3. 1946; AdO HCFA AC c. 883.

vielen Freiburgern als zu früh erachtet, und die offensichtliche Unterstützung durch Vertreter der Besatzungsmacht diskreditierte die "Vereinigung Abendland" vollends. Das französische de facto Verbot der Zeitschrift bedeutete den Todesstoß für die Freiburger "Abendländer", mangelnder Zuspruch und Desinteresse führten bis Sommer 1946 zum Versanden der Aktivitäten der "Vereinigung Abendland".

Das Neue Abendland⁴⁷

Einer katholisch ausgerichteten Presse galten schon in Weimarer Tagen die intensiven Bemühungen von Johann Wilhelm Naumann⁴⁸. In den letzten Kriegsjahren lebte er in Freiburg; dort verband ihn eine enge Freundschaft mit Josef Ruby. Im November 1944, nach dem schweren Luftangriff auf die Breisgaustadt, kam der ausgebombte Naumann einige Wochen bei der Familie Ruby unter. Von dort aus begab er sich nach Boll bei Neustadt im Schwarzwald⁴⁹. Amerikanische Offiziere suchten ihn im Sommer 1945 in dem kleinen Schwarzwalddorf auf und trugen dem katholischen Verleger die Lizenz für die Schwäbische Landeszeitung an. Die Konzepte deckten sich jedoch nicht: der das Gespräch leitende amerikanische Presseoffizier dachte an eine unabhängige und verschiedene Standpunkte publizierende Presse, Naumann hingegen wollte eine katholische Tageszeitung schaffen. Sechs Gespräche waren nötig, bis ein Kompromiß gefunden war. Naumann nahm die Tageszeitungs- und Verlagslizenz an, verließ den Schwarzwald in Richtung Augsburg und betrieb – neben der Herausgabe der Schwäbischen Landeszeitung – voller Elan die Vorarbeiten zu einer katholisch-föderalistischen Zeitschrift – dem Neuen Abendland.

Das "Haus Kinderglück" der Familie Ruby⁵⁰ wurde auch für den katholischen Föderalisten Walter Ferber⁵¹ zur Anlaufstelle. Im November 1945 war er aus seinem Exil in

⁴⁷ Kurzinformationen im Artikel: Neues Abendland, in: Fischer/Dietzel, Zeitschriften, S. 575.

⁴⁸ Johann Wilhelm Naumann (1897–1956), Studium der Philosophie, Geschichte, Volkswirtschaft und Literatur; Mitglied der Bayerischen Volkspartei; seit 1928 in der Redaktion der Neuen Augsburger Zeitung; 1933 von der Berufsliste der Redakteure gestrichen; seit 1937 Mitglied des päpstlichen Missionswerkes; am 17. 11. 1945 Wahl zum Vorsitzenden des "Vereins der Bayerischen Zeitungsverleger"; Herausgeber der Zeitschrift Das Neue Abendland; zusammen mit dem Sozialdemokraten Curt Frenzel Lizenzträger für die Schwäbische Landeszeitung; 1948 Gründer der Augsburger Tagespost; 1951 Verkauf des Neuen Abendlandes an das Haus Waldburg-Zeil. Weitere biographische Notizen bei Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 77 Anmerkung 85 und S. 236.

⁴⁹ Interview mit Gertrud und Rudolf Ruby am 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

⁵⁰ Der Ehe Josef Rubys und seiner Frau Elisabeth entsprangen 12 Kinder. Fünf Söhne wurden katholische Priester. Das "Haus Kinderglück" war während des Nationalsozialismus Treffpunkt für Verfolgte und Andersdenkende gewesen. Die tiefgläubige und unerschrockene Elisabeth Ruby hatte während des "Dritten Reichs" das Mutterkreuz mit der Bemerkung abgelehnt, daß man Kühe prämieren könne, aber nicht Frauen (Interview mit Max Müller vom 27. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a – Müller charakterisierte Elisabeth Ruby als "die katholische Clara Zetkin"). Josef Ruby hat ihr daraufhin ein Kreuz mit dreizehn Rubinen geschenkt, das später ins Bischofskreuz des Bischofs von Hildesheim, der in jungen Jahren während seines Studiums in Freiburg bei der Familie Ruby gewohnt hatte, eingearbeitet wurde. (Interview mit Gertrud Ruby vom 7. 6. 1994; StadtA KN Cc 775 a)

⁵¹ Walter Ferber (1907–1996), Sohn eines Bergarbeiters in Gelsenkirchen; Kaufmannslehre; 1932 Emigration nach Österreich; Feuilletonredakteur des christlich-gewerkschaftlichen Organs Die Neue Zeitung in Wien; 1938 nach dem "Anschluß" verhaftet und ins KZ Dachau gebracht; Arbeit in der Kiesgrube (vgl. dazu Ferber, Monate); Verlegung nach Flossenbürg; 1942 Überstel-

der Schweiz nach Deutschland zurückgekehrt und umgehend bei der Familie Ruby in Freiburg aufgenommen worden, von wo aus er seine publizistische Arbeit wieder aufnehmen konnte⁵². In der Breisgaustadt lernte er auch Bernhard Dietrich kennen, der damals vehement seine Alpenlandpläne propagierte. In den Jahren 1945/46 stellte das "Haus Kinderglück" in Freiburg den wichtigsten Treffpunkt für Menschen dar, die sich für eine föderalistische Neuordnung Deutschlands und Europas einsetzten. Auch der nach seiner Emigration in den USA lehrende Sozialökonom Goetz Briefs⁵³ hielt sich in der Nachkriegszeit bisweilen im Hause Ruby auf.

Der Freiburger Versicherungsdirektor Ruby zeigte dem zurückgekehrten Exilanten Walter Ferber im Winter 1945/46 ein Exemplar der von Naumann herausgegebenen Schwäbischen Landeszeitung. Im Impressum nahm Ferber den Namen seines Freundes Otto Färber⁵⁴ freudig zur Kenntnis, der ebenfalls im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen war. Diesem schickte er den Aufsatz "Katholizismus und Föderalismus" zu, der prompt als Leitartikel erschien. Färber wies Naumann, der immer noch auf der Suche nach einem geeigneten Chefredakteur für die geplante Zeitschrift Abendland war, auf Ferber hin und schlug den Exilanten für den Posten vor. An dieser Idee fand Naumann Gefallen, und daher telegraphierte er nach Eintreffen der Lizenz im Januar 1946 nach Freiburg, Ferber möge sogleich nach Augsburg kommen. Brieflich machte der überzeugte Föderalist einige Bedenken wegen seiner Eignung geltend, als Autodidakt fühlte er sich für die Chefredaktion einer Kulturzeitschrift nicht ausreichend qualifiziert. Zu seiner großen Überraschung sah sich Ferber bald schon als alleiniger Chefredakteur, die Amerikaner hatten sich nämlich mit keinem der von Naumann vorgeschlagenen Bewerber für die Kulturredaktion zufriedengegeben⁵⁵. Als Titel wurde Neues Abendland gewählt, nicht so sehr, weil man eine Neugründung der Zeitschrift Abendland durch Freunde des verstorbenen Hermann Platz⁵⁶ befürchtete, sondern da eine gleichnamige Zeitschrift in Freiburg bereits erschienen war⁵⁷. "Neu" in diesem Zusam-

lung in eine Bewährungskompanie der Wehrmacht und anschließende Flucht in die Schweiz; Internierung; 1945 Rückkehr nach Deutschland; 1946 Chefredakteur der Zeitschrift Das Neue Abendland; 1948 Herausgeber der Föderalistischen Hefte. Weiterführend: Klöckler, Ferber.

⁵² Sein erster in Freiburg verfaßter Aufsatz zum Thema Katholizismus und Föderalismus erschien in der Schweizer Rundschau Anfang 1946: Ferber, Katholiken.

⁵³ Goetz Briefs (1889–1974), 1912 Promotion; 1915 Habilitation; 1916–19 Privatdozent an der Universität Freiburg; 1920 Professor für Nationalökonomie an der Universität Würzburg; 1920 Kritiker von Spenglers Untergang des Abendlandes; 1923 Übernahme des Freiburger Lehrstuhls seines Lehrers Schulze-Gävernitz; 1926 Professur an der TH Berlin; 1934 Emigration; Professor an der Georgetown-University Washington.

Eine Festschrift seiner Schüler ist zu seinem 80. Geburtstag erschienen: Broermann/Herder-Dorneich, Verantwortung. Vgl. auch das Interview mit Franz Ruby vom 15. 3. 1995; StadtA KN Cc 775 a.

Eintrag von Goetz Briefs vom 21. 11. 1948 ins Gästebuch der Familie Ruby: "Als ich Sepp Ruby kennen lernte in 1910 [sic!] sagte er gerade zu der versammelten FVkSt [Freie Vereinigung katholischer Studenten (vgl. Biographie Josef Ruby in Anmerkung 11)] Wir haben die Wahrheit, warum leben wir sie nicht? [...] Er hat die Wahrheit gelebt."

⁵⁴ Zu Otto Färber vgl. in diesem Kapitel "Der Augsburger Plan".

⁵⁵ Zu den Vorgängen vgl. auch: Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 78 f.

⁵⁶ Biographische Angaben in Anmerkung 3.

⁵⁷ Tatsächlich erschien die Zeitschrift Abendland in einigen wenigen Nummern, ein Umstand, der Walter Ferber natürlich bekannt war; Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 79 beachtet diese Tatsache nicht.

menhang bedeutete die Bereitschaft, neuzeitlichen Entwicklungen und Tendenzen Rechnung tragen zu wollen. Dazu gehörte die Propagierung des Modells eines losen Staatenbundes⁵⁸, das außer im *Neuen Abendland* auch im *Rheinischen Merkur* vertreten wurde⁵⁹.

Der Großteil von Ferbers Mitarbeitern - Föderalisten wie er - stieß auf Empfehlung von Ludwig Alpers⁶⁰ und Ella Schmittmann, der Witwe des im Konzentrationslager Sachsenhausen ermordeten Kölner Professors Benedikt Schmittmann⁶¹, in den Redaktionsstab. Außerdem meldeten sich Autoren föderalistischer Zeitschriften vor 1933 und junge Akademiker unaufgefordert bei ihm⁶². Die erste Nummer der Zeitschrift Das Neue Abendland konnte im März 1946 erscheinen. Als Herausgeber zeichnete Johann Wilhelm Naumann verantwortlich, der den Untertitel Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte wählte und einen programmatischen Aufsatz⁶³ im ersten Heft publizierte. Schwer beklagte der katholische Verleger darin die Zerstörung des abendländischen Universalismus und zeigte den Weg auf, den das geistige Europa seit Abaelard beschritten habe. Die Zerrissenheit der "geistigen Universitas" spiegele sich, so Naumann, im politischen Leben wider: "An die Stelle der Staatengemeinschaft des Heiligen Römischen Reiches trat der moderne Nationalstaat mit seiner letzten dämonischen Konsequenz, dem Nationalsozialismus."64 Freilich verstand er den Begriff "Abendland" nicht rein geographisch oder geopolitisch, sondern insbesondere geistig. Mit Constantin Frantz⁶⁵, dem Vater des deutschen Föderalismus, berief er sich auf eine aus dem abendländischen Gedanken geborene geistige und politische Erneuerung Deutschlands, die

⁵⁸ Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 183.

⁵⁹ Kraiker, Katholizismus, S. 81.

⁶⁰ Ludwig Alpers (1866–1959), 1912–30 MdR, 1916 Gründer der Vereinigung "Mitteleuropäischer Staatenbund"; 1926 Begründer der "Arbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten"; 1933 Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben; 1945 Mitbegründer der Niedersächsischen Landespartei (ab 1947 Deutsche Partei).

⁶¹ Benedikt Schmittmann (1872–1939), Gymnasium in Düsseldorf; Studium der Kulturwissenschaften in Rom; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg, Leipzig und Bonn; 1906 Landesrat und Leiter des Wohlfahrtswesens in der Rheinischen Provinzialverwaltung; 1913 Dozent für Sozialpolitik in Köln; 1919–20 Zentrumsabgeordneter im Preußischen Landtag; 1919–33 Professor für Sozialpolitik in Köln; 1924 Mitbegründer des "Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken"; 1933 als führender Föderalist mit seiner Frau verhaftet; 1939 kurz nach der Einlieferung im KZ Sachsenhausen ermordet. Zu Schmittmanns Denken und sozialem Umfeld: Kuhlmann, Lebenswerk.

⁶² An Autoren nennt Ferber in einem Brief vom 17. 2. 1982 an Doris von der Brelie-Lewien ausdrücklich Georg Moenius, Bruno Jakob, Freiherrn von Soden, Freiherrn von Aretin und Otto Weinzierl. Des weiteren erhielt er Zuschriften von den jungen Historikern Ernst Deuerlein und Franz Herre sowie vom Juristen Heinrich Kipp. Zitiert nach Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 80.

⁶³ Johann Wilhelm Naumann: Neues Abendland, in: Das Neue Abendland 1 (1946), S. 1 ff.

⁶⁴ Ebenda, S. 2.

⁶⁵ Constantin Frantz (1817–1891), Kritiker der kleindeutschen Reichsbildung Bismarcks; konservativer Publizist und Föderalist, dessen Ideen erst im 20. Jahrhundert rezipiert wurden; 1836–40 Studium in Halle und Berlin, zuerst Anhänger Hegels, dann Schellings; 1843–48 Referent im preußischen Kultusministerium; 1853–56 preußischer Generalkonsul für Spanien und Portugal; Reisen in ganz Europa; ab 1858 in Berlin ansässig; 1874–91 zurückgezogenes und ärmliches Leben in der Nähe von Dresden. Vgl.: Wittenberg, Frantz. Grundlegend: Frantz, Föderalismus. Zur Renaissance der Frantzschen Föderalismusvorstellungen nach 1945 vgl.: Huhn, Lernen, passim und Heil, Föderalismus, S. 172 f. Stand der Forschung zu Rezeption und Edition seiner Schriften bei: Becker, Frantz.

auf föderalistischer Grundlage zu stehen hatte. Partikularismus und Zentralismus lehnte auch Naumann entschieden ab. "Der Zeitschrift [...] geht es vornehmlich darum, der seit Treitschke, Droysen und Sybel verpreußten deutschen Geschichtsauffassung entgegenzutreten und die föderalistisch-universalistische Tradition [...] zu pflegen. "66 Doch entschieden wandte sich Naumann gegen den Verdacht, die Zeitschrift könne zu einem Organ gegen das Preußentum werden. Vielmehr sollte der preußische Geist, der auch in Süddeutschland anzutreffen sei, die Geschichtsfälschung und der Militarismus bekämpft werden. Der Aufsatz endete mit einer programmatischen Zusammenfassung: "Neues Abendland' steht im Dienst der Erneuerung Deutschlands aus christlich-universalistischem Geist, also im Sinne echter abendländischer Geisteshaltung; wohlwissend, daß nur ein wieder christliches und föderalistisches Deutschland heimfindet zur -- Mater occidentalis! Gott segne unser Beginnen!"67

Auch Walter Ferber ergriff als Chefredakteur in der ersten Nummer das Wort⁶⁸ und pries den föderalistisch aufgebauten Staat, durchdrungen vom Prinzip der Subsidiarität, als Ausweg aus dem Chaos, das der Nationalsozialismus hinterlassen hatte. Als Kronzeugen führte er das von Augustinus entworfene, föderativ aufgebaute Weltreich ins Feld. Alle germanischen Staatenverbände seien zudem bündisch geordnet gewesen, und in Deutschland werde "eine föderalistische Reaktion gegen die unitaristische Aktion" nicht ausbleiben. Sein Eintreten für einen christlich geprägten Föderalismus geht auch aus weiteren Veröffentlichungen hervor⁶⁹. Außerdem nutzte Ferber die Gelegenheit, im Verlag von Johann Wilhelm Naumann ein Buch zu dieser Thematik herauszubringen, das den schlichten Titel Der Föderalismus⁷⁰ trug und in der "Abendländischen Reihe"⁷¹ erschien. Auf knapp 120 Seiten unternahm er eine tour d'horizon, die ihn von den Föderalisten des 19. Jahrhunderts über die Schweizer Bundesstaatlichkeit bis zur aktuellen Lage führte. Besonderen Wert legte er auf die Darlegung des Systems des Föderalismus. Auf der Grundlage der Subsidiarität konzipierte Ferber eine Gesellschaftsordnung, die von der Familie über Gemeinden und Berufsstände bis zur Selbstverwaltung der Kreise und Landschaften reichen mußte. Denn der Föderalismus war für den katholischen Publizisten gerade auch ein innerstaatliches Phänomen. Der außenpolitische Föderalismus müsse zwangsläufig auf dem innerstaatlichen aufbauen und dadurch die Idee der "diversitas" durch die mittelalterliche Vorstellung der "universitas" ersetzen; die Intention war

⁶⁶ Ebenda, S. 3.

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Walter Ferber: Das Wesen des Föderalismus, in: Das Neue Abendland 1 (1946), S. 4 f.

⁶⁹ In der Zeitschrift Das Neue Abendland sind publiziert: Walter Ferber: Historisch-politische Betrachtungen (Februar 1946); Ders.: Byrnes fordert Bundesverfassung (Juli 1946); Ders.: Geschichtliche Betrachtung zur Schuldfrage (August 1946).

⁷⁰ Das Föderalismusbuch Ferbers (Ders., Föderalismus), das als fünfter Band der "Abendländischen Reihe" im Rahmen des Verlagsprogramms veröffentlicht wurde, war nach wenigen Monaten bei einer Auflage von 5000 Exemplaren vergriffen. Ferber entschloß sich zu einer erweiterten zweiten Auflage.

⁷¹ In der unmittelbaren Nachkriegszeit gab Naumann insgesamt sieben Titel in der "Abendländischen Reihe" heraus: 1. Reinhold Schneider: Der Mensch vor dem Gericht der Geschichte, [1946]; 2. Joseph Schumacher: Vom Wesen des Arzttums, 1946; 3. Maximilian Dietrich: Vom Sinn der Weltliteratur, 1946; 4. Joseph Bernhart: Der technisierte Mensch, 1946; 5. Walter Ferber: Der Föderalismus, 1946; 6. Joseph Schumacher: "Wirklichkeiten" und ihre Erforschung, 1946; 7. Ferdinand Kirnberger: Laiengespräche über den Staat, 1947.

die Schaffung einer europäischen Konföderation auf abendländisch-christlicher Grundlage. In Ferbers eigener Formulierung nahmen sich die Gedanken folgendermaßen aus: "Ziel aber bündischer, föderalistischer Außenpolitik ist [...] der Abendländische Bund als geistige Konföderationsmitte für einen Weltbund."72 Scharfe Angriffe führte er gegen das österreichische Experiment des Ständestaates, das er für unvereinbar mit den Forderungen der Enzyklika "Quadragesimo anno" hielt, als deren obersten Grundsatz Ferber die Subsidiarität erkannte. Die Schweiz hingegen sah er als ein vom Föderalismus durchwehtes Staatsgebilde an; die Strukturen von 25 "kleinen kantonalen Republiken"73 kämen der altgriechischen Polis am nächsten.

Dem politischen deutschen Katholizismus des 19. Jahrhunderts bescheinigte Ferber nach dem Tod der Gründergeneration des Zentrums – Hermann von Mallinckrodt war 1874 gestorben – eine Abwendung vom Föderalismus. Das Zentrum habe sich von da an mehr und mehr auf den Boden des Kaiserreiches gestellt, eine Haltung, die in dem Ausspruch des Weimarer Reichskanzlers Joseph Wirth (Zentrum) gipfelte, man könne den Föderalismus mit einer Kanne Wasser auslöschen.

In Augsburg lebte Walter Ferber in der Familie Johann Wilhelm Naumanns. Doch die konzeptionellen Differenzen vergifteten bald das gemeinsame Leben und Arbeiten: Naumann wollte eine religiöse, Ferber hingegen eine politische Zeitschrift. Marginalien entzündeten nun den Streit zwischen beiden – so empfand Ferber die Bebilderung als stilwidrig⁷⁴. Im Frühjahr 1947 kehrte er Augsburg den Rücken, nicht ohne sich Gedanken über seinen Nachfolger gemacht zu haben. Sein Wunschkandidat hieß Emil Franzel, der auch tatsächlich nach dem Intermezzo von Rupert Sigl ab 1948 als Chefredakteur des Neuen Abendlandes zeichnete. Mittlerweile hatte Ferber nämlich ein interessantes Angebot in der Hand.

Seine Wege führten ihn in die Französische Besatzungszone zurück. Bernhard Dietrich, sein Bekannter aus Freiburger Tagen, plante von Singen aus die Herausgabe einer föderalistisch-autonomistischen Zeitung, deren Chefredakteur Walter Ferber heißen sollte⁷⁵. Aber das Projekt wurde von den Baden-Badener Dienststellen nicht genehmigt⁷⁶; als Ersatz bot man Ferber eine Stelle bei der *Schwarzwälder Post* an, einer Tageszeitung, für die er in den folgenden Monaten eine Beilage, die *Abendländische Rundschau*, redigieren würde. Es mangelte nicht an Stimmen, die behaupteten, das Niveau der Beilage sei zu hoch und eher für eine Zeitschrift geeignet. Nach anderthalb Jahren kündigte Ferber seine Stelle bei der *Schwarzwälder Post* und widmete sich von Singen aus – seit Herbst 1947 wohnte er im dortigen Finanzamt in der Alpenstraße⁷⁷ – einem neuen Projekt.

⁷² Walter Ferber: Das Wesen des Föderalismus, in: Südwestdeutsche Volkszeitung vom 29. 3. 1947.

⁷³ Ferber, Föderalismus, S. 55.

⁷⁴ Brelie-Lewien, Zeitschriften, S. 80.

⁷⁵ Aus genanntem Grund zog Ferber mit seiner Ehefrau nach Singen am Hohentwiel.

^{76 &}quot;Der Freie Süden" war als Titel der Zeitung im Gespräch. Vgl. Kapitel III/4.

⁷⁷ Die Bezeichnung "Alpenstraße" geht auf das Wirken Dietrichs als Bürgermeister von Singen zurück und ist in enger Anlehnung an sein politisches Programm zu sehen. Der Rückgriff auf politisch-historische Straßenbezeichnungen ist in Südbaden allenthalben festzustellen. In Freiburg wurde die Adolf-Hitler-Straße in Habsburgerstraße bzw. Kaiser-Josef-Straße und die Schönererstraße in Prinz-Eugen-Straße benannt, eine Reminiszenz an die vorderösterreichische Zeit. Vgl. die Liste sämtlicher umbenannter Straßen in Freiburg vom 13. 6. 1945; AdO Bade H 1106/1.

Die Föderalistischen Hefte

Das Jahr 1948 brachte Bewegung in Ferbers neue Zeitschriftenpläne, verfügte er doch seit seiner Tätigkeit bei der Schwarzwälder Post über gediegene persönliche Kontakte nach Baden-Baden. Sein ihm freundlich gesinnter französischer Gesprächspartner, Oberst Hemmerle, lud ihn Mitte April 1948 zu einem Diner mit anschließender Aussprache nach Baden-Baden ein. In seiner Funktion als Sous-Directeur de l'Information chargé de Presse unterstützte er Ferber bei der Überwindung bürokratischer Hindernisse. An Hemmerle wandte sich Ferber auch, als er seine Idee einer Zeitschrift mit dem geplanten Titel Föderalistische Korrespondenzen verwirklichen wollte⁷⁸. Eine Auflagenhöhe von 12 000 Exemplaren wurde als angemessen erachtet, auch das Format der von Oberst Hemmerle empfohlenen Deutschen Rundschau fand Ferbers Gefallen. "Nach der Währungsreform dürfte eine föderalistische Zeitschrift kaum eine höhere Auflage erreichen: Föderalismus ist vorerst noch nicht sehr gefragt. Aber deswegen muss ja die Zeitschrift geschaffen werden", argumentierte Ferber.

Wenige Wochen später, nachdem konkrete Verhandlungen mit verschiedenen Drukkereien bereits geführt worden waren, fiel die Entscheidung: "Die Druckerei Merk in Konstanz – der Besitzer ist Katholik und Föderalist und angesehener Konstanzer Bürger - ist gerne bereit, Druck, Verlag und Vertrieb der "Föderalistischen Korrespondenzen" zu übernehmen."79 Der erwähnte Verleger und Besitzer der Oberbadischen Verlagsanstalt, Alfred Merk⁸⁰, hatte 1945, nach dem Scheitern der Wiederherausgabe der katholischen Tageszeitung Die Deutsche Bodensee-Zeitung, sein Verlagsprogramm schwerpunktmäßig auf Bodenseeliteratur samt schöngeistigem und religiösem Schrifttum ausgerichtet. Auch der Konstanzer Verleger Curt Weller fand im Sommer 1946 in der Oberbadischen Verlagsanstalt die für die Drucklegung der hohen Auflage von Otto Fegers Schwäbisch-Alemannischer Demokratie ausgerüstete Druckerei⁸¹. Die Ziele der geplanten föderalistischen Zeitschrift standen in Einklang mit Merks politischer Überzeugung, weshalb er seinen Prokuristen Hermann Knittel im Mai 1948 beauftragte, nach Baden-Baden zu fahren und persönlich bei Oberst Hemmerle vorzusprechen. Der französische Offizier zeigte sich im Gespräch mit den Planungen sehr zufrieden, und die Sitzung des Komitees der Direction de la Presse vom 19. Juni 1948 brachte das französische Plazet. Ferber erhielt am 4. August 1948 die Mitteilung, daß er drei Tonnen Papier pro Ausgabe zugeteilt bekäme82. Von jedem Heft sollten sodann dreißig Exemplare in Baden-Baden abgeliefert werden. In diesem Schreiben taucht in den französischen Unterlagen erstmals der Titel Föderalistische Hefte auf, die Gründe der Umbenennung bleiben aber im dunkeln. Wahrscheinlich gehen sie auf Walter Ferber selbst zurück, der betont hatte, daß der Begriff "Korrespondenzen" aus taktischen Gründen gewählt worden sei⁸³.

⁷⁸ Ferber an Hemmerle vom 28. 4. 1948; AdO HCFA AC c. 897 p. 6.

⁷⁹ Ferber an Hemmerle vom 25. 5. 1948; AdO, ebenda.

⁸⁰ Alfred Merk (1877–1964), kaufmännische Lehre; 1905 Übernahme der Leitung der Konstanzer Nachrichten; 1923 vereinigte er mehrere Zentrumsblätter zur Deutschen Bodensee-Zeitung; nach 1945 Gründungsmitglied der BCSV in Konstanz; Chef der Oberbadischen Verlagsanstalt Merk & Co. und Herausgeber des Suso-Blattes. Zu seiner Biographie bis 1930: o. A., Merk.

⁸¹ Vgl. Kapitel IV/1.

⁸² Hemmerle an Ferber vom 4. 8. 1948; AdO HCFA AC c. 897 p. 6.

^{83 &}quot;Den Titel Korrespondenzen wähle ich der Lizenz wegen"; Ferber an Hemmerle vom 28. 4. 1948; AdO, ebenda.

Den Föderalistischen Heften war nur ein kurzes Leben beschieden, insgesamt wurden vierzehn Ausgaben zwischen September 1948 und Juni 1950 an den Verkaufsstellen oder im Abonnement angeboten. Die Auflagenhöhe erreichte keineswegs die geplanten 12 000 Exemplare, sondern bewegte sich um die 5000 Hefte pro Ausgabe. Ausdrücklich verwies Ferber in seinem einführenden Aufsatz in der ersten Ausgabe darauf, daß die Föderalistischen Hefte der Volksbildung dienen sollten84. Nicht umfangreiche wissenschaftliche Ausführungen, sondern der Kurzaufsatz möge das Bild der Zeitschrift bestimmen. Auch seien die Hefte keiner "politischen Partei, Bewegung oder Equipe" zugeordnet und folglich nicht deren Organ, die Tagespolitik werde überhaupt kaum Einzug halten. Diesem Postulat sollte sich Ferber bis zur letzten Nummer der Zeitschrift verpflichtet fühlen. Beim Abdruck historischer Texte berücksichtigte Ferber in besonderem Maße die Klassiker des deutschen Föderalismus, also Männer des 19. Jahrhunderts, wie Constantin Frantz oder Julius Ficker85, denen er in seiner Zeitschrift breiten Raum widmete. Von ihren Texten versprach er sich eine weitgehende Rezeption in den Kreisen seiner Leser und über diese hinaus in weiten Teilen der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Zugleich hoffte er, die Föderalisten des 19. Jahrhunderts der Vergessenheit entreißen zu können; an Aktualität jedenfalls hatten sie nichts eingebüßt.

Zu seinen Mitarbeitern zählte Ferber unter anderen den in die USA emigrierten Friedrich Wilhelm Foerster⁸⁶, den Politiker und ersten Ministerpräsidenten Bayerns, Fritz Schäffer, und den Münchener Kardinal Michael Faulhaber. Die Mitarbeiterliste⁸⁷ der Föderalistischen Hefte spricht zweifellos für sich, das katholische, publizistisch tätige Deutschland fand in Ferbers Zeitschrift ein wichtiges Sprachrohr. Auch der tschechische Exilpolitiker Jacques Otto Grézer arbeitete an der Gestaltung der Föderalistischen Hefte mit⁸⁸. Der Exilant zählte zum Kreis um General Leo Prchala, der in Opposition zu Benesch eine "Donauföderation" erstrebte, die allerdings nicht mit dem Projekt einer alpinen Union zu verwechseln ist⁸⁹. Dabei sollte nämlich eine Föderation der Donauanrainerstaaten unter Ausschluß Süddeutschlands geschaffen werden. Während seiner Mitarbeit bei den Föderalistischen Heften setzte sich Grézer intensiv mit Föderationsplänen für Mitteleuropa auseinander, allerdings ohne darüber einen Artikel in Ferbers Organ zu veröffentlichen.

⁸⁴ Walter Ferber: Zur Einführung, in: Föderalistische Hefte 1 (1948), S. 3 f.

⁸⁵ Julius Ficker (1826–1902), Studium in Münster, Berlin und Bonn, dort 1849 Promotion; 1852–79 Professor in Innsbruck; in der Auseinandersetzung mit Heinrich von Sybel vertrat er den großdeutschen Standpunkt. Biographisches bei: Brunner, Ficker.

⁸⁶ Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), 1912 Professor in Wien; 1914 Professor in München, legte 1920 sein Amt nieder und lebte dann in Frankreich und in der Schweiz; 1942–64 Professor in den USA; scharfer Kritiker der preußisch-deutschen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts; Anhänger von Constantin Frantz.

⁸⁷ Weitere Mitarbeiter der Föderalistischen Hefte waren u. a.: Emil Franzel (Publizist; 1901–1976), Ernst von Hippel (Jurist; 1895–1984), Dietrich von Hildebrand (Philosoph; 1889–1977), Wilhelm Hausenstein (Kunstschriftsteller, Essayist und Diplomat; 1882–1957), Gertrud Bäumer (Frauenrechtlerin und Schriftstellerin; 1873–1954), Reinhold Schneider (vgl. Anmerkung 40), Adolf Süsterhenn (vgl. Anmerkung 93), Hans Hartung (Schriftsteller; 1902–1972), Kurt Georg Kiesinger (Politiker; 1904–1988).

⁸⁸ Grézer, Ferber, S. 4.

⁸⁹ Grézer vermutete 1979 in einem Gespräch mit dem Münchner Historiker Peter Jakob Kock, daß die Idee einer alpinen Union auf die Militärregierung in Baden-Baden zurückgangen sei (vgl. Kapitel III/1); Kock, Weg, S. 36 Anmerkung 95.

Ferber selbst bezog in fast jedem der Hefte Stellung zu Grundfragen des Föderalismus, immer darum bemüht, die Ergebnisse allgemeinverständlich darzustellen. Doch das mangelnde Interesse und die fehlenden finanziellen Mittel nach der Währungsreform ließen die Verkaufszahlen der Föderalistischen Hefte auf einem zu niedrigen Niveau stagnieren. Die Zeitschrift drang nicht in breitere Kreise der Bevölkerung vor. Sie wurde letztlich eingestellt, da sich die Einnahmen aus dem Verkauf als zu gering erwiesen. Der Versuch, ein Propagandainstrument für den Föderalismus zu etablieren, war damit schon nach zwei Jahren gescheitert; die Plattform für die Revitalisierung und die Artikulation föderalistischer Vorstellungen war verlorengegangen⁹⁰. Wie groß Ferbers Enttäuschung darüber gewesen sein muß, läßt sich unschwer erahnen.

Nach der Einstellung der Föderalistischen Hefte lebte Walter Ferber noch bis 1953 in Singen, ständig bemüht, seinen Lebensunterhalt als freier Schriftsteller sicherzustellen. Eine feste Anstellung erhoffte er sich, als die Auseinandersetzung um den Südweststaat auf den Höhepunkt zutrieb. Von der Notwendigkeit des Weiterbestehens eines Bundeslandes Baden überzeugt und aus föderalistischer Gesinnung zum Kampf bereit, wandte er sich an die Staatskanzlei in Freiburg: "Ich könnte durch meine Beziehungen [...] zu den führenden föderalistischen Politikern Deutschlands und zu führenden deutschen Publizisten gewiß viel für Baden tun"91, ließ Ferber am 15. Oktober 1950 den Badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb wissen und gab seinem Wunsch Ausdruck, im geplanten Informations- und Presseamt eine Beschäftigung zu finden. Als Referenzen führte er insbesondere Paul Zürcher⁹², Adolf Süsterhenn⁹³ und den Prälaten Ernst Föhr an, mit denen er seit Jahren bekannt war. Doch Wohleb entschied anderweitig.

Mit dem Freiburger Prälaten Dr. Ernst Föhr⁹⁴ verband Ferber neben der geistigen auch eine parteipolitische Gemeinsamkeit. 1952 kandidierte er für die auf Föhrs Betreiben wiedergegründete Badische Zentrumspartei. Mit der Weimarer Maxime "getrennt marschieren, gemeinsam schlagen" hatte Ernst Föhr die Wiedergründung des Zentrums propagiert und der CDU vorgehalten, daß sie sich nicht zu Baden bekenne und des weiteren keine Sozial- und Kulturpolitik aus christlichem Geist betreibe⁹⁵. In einer Wahlkampfrede machte Ferber – nach der aus seiner Sicht negativ verlaufenen Volksabstimmung vom Dezember 1951⁹⁶ – in Anspielung auf die polnische Nationalhymne den Standpunkt des Badischen Zentrums deutlich: "Noch ist Baden nicht verloren", und er

⁹⁰ Deuerlein, Föderalismus, S. 243.

⁹¹ Ferber an Wohleb vom 15. 10. 1950; StA FR C 5/1 2847.

⁹² Biographisches zu Paul Zürcher in Kapitel V/2.

⁹³ Adolf Süsterhenn (1905–1974), Gymnasium in Köln; aktives Mitglied im katholischen Hochschulbund "Neudeutschland"; 1923–27 Studium der Rechts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg i. Br. und Köln; 1932–45 Rechtsanwalt in Köln; Zentrumsmitglied und seit 1933 für sechs Wochen Stadtrat daselbst; nach 1945 Mitbegründer der CDU; 1946–51 Justizminister in Rheinland-Pfalz; 1961–69 MdB (CDU). Ausführlich: Baumgart, Süsterhenn.

⁹⁴ Ernst Föhr (1892–1976), 1921–33 MdL in Baden (Zentrum); 1928–33 MdR; 1931–1933 Parteiund Fraktionsvorsitzender des Badischen Zentrums, in dieser Funktion am Abschluß des badischen Konkordats (1932) maßgeblich beteiligt; 1943–58 Pfarrer von St. Johann in Freiburg i. Br.; 1945–46 Mitglied der BCSV (CDU); 1951 verantwortlich für die Wiedergründung des Badischen Zentrums; 1958–68 Generalvikar unter Erzbischof Dr. Schäufele. Vgl.: Kern, Föhr.

⁹⁵ Weinacht, CDU, S. 101.

⁹⁶ Am 9. 12. 1951 sprachen sich 52,2 % der stimmberechtigten badischen Bevölkerung für den Erhalt – respektive die Wiederherstellung – des Bundeslandes Baden und damit gegen die Bildung des Südweststaates aus. Die Auszählung nach vier Stimmbezirken ergab jedoch ein "positives"

fuhr fort, "es trotzt dem Wildweststaat [sic!]" Seiner Auffassung gemäß durfte das Bundesland Baden nicht "untergehen", er versprach im Wahlkampf zur Verfassunggebenden Landesversammlung, sich in Stuttgart für eine Wiederherstellung Badens einzusetzen und, falls dies nicht möglich sei, die Vierergliederung zu vermeiden und eine Zweiergliederung nach den alten Ländern vehement zu fordern. Die Wahlen am 9. März 1952 brachten für das Zentrum ein ernüchterndes Ergebnis: Weniger als ein Prozent der gültigen Stimmen konnte es auf sich vereinen⁹⁸. Der Einbruch in das Wählerpotential der CDU war damit nicht gelungen⁹⁹, das Engagement Ferbers für das Zentrum hatte sich nicht in Stimmen ausgezahlt. Bald darauf ging Ferber in seine "zweite Emigration" in die Schweiz.

Die "Union der Aktiv-Kräfte gegen den Nazismus für ein lebendiges Abendland"

In Baden-Baden bildete sich im Herbst 1945 eine weitere abendländische Vereinigung mit dem langatmigen Namen "Union der Aktiv-Kräfte gegen den Nazismus für ein lebendiges Abendland". Als Kurzform wählte der Spiritus rector, der Baden-Badener Fabrikant Dr. Paul-Joseph Stuermer¹⁰⁰, den Namen "Occident-Union", er bezeichnete sich selbst als "ehemaligen Chef einer wichtigen Gruppe des aktiven Widerstandes in der illegalen Bewegung des deutschen Widerstandes"¹⁰¹. Die "Occident-Union" wurde am 5. Oktober 1945 in Baden-Baden gegründet und von einem Präsidium geleitet, dem auch der Herausgeber der *Deutschen Rundschau*, Dr. Rudolf Pechel¹⁰², angehörte¹⁰³. Die Ziele der Vereinigung bestanden in der Verwirklichung der Gemeinschaft der europäischen Nationen im "Verband eines lebenden Abendlandes" und in der Versöhnung der

Votum für die Bildung des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg. Eingehend hierzu: Albiez, Volkswille, passim.

^{97 &}quot;Noch ist Baden nicht verloren." Wahlkampfrede Walter Ferbers für die Badische Zentrumspartei [1952]; EAF NL Föhr 2.

⁹⁸ Bei einer Wahlbeteiligung von 63,7 % entfielen auf die CDU 982 727 (36,0 %) der 2 730 820 abgegebenen Stimmen. Das Zentrum blieb mit 22 393 Stimmen (0,82 %) weit hinter dem selbstgesteckten Ziel.

⁹⁹ Sauer, Entstehung, S. 179.

Paul-Joseph Stuermer (1885-?), Studium der Sozialphilosophie, Staats- und Verfassungsgeschichte und der Nationalökonomie; Promotion in Freiburg i. Br.; 1914–18 Kriegsteilnahme; 1922 Syndikus der "Interessengemeinschaft Deutscher Signalbau-Anstalten"; seit 1933 Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Kontakte zu Carl Goerdeler, Jakob Kaiser, Arnulf Klett u. a.); Leiter eines chemischen Betriebs; politische Sonderhaft in Berlin; 1941 erzwungene Stillegung des chemischen Betriebs. Vgl. das "Curriculum vitae Dr. Paul-Joseph Stuermer"; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 109.

¹⁰¹ Stuermer gebrauchte diese Beschreibung seiner Person in den von ihm verfaßten Statuten der "Occident-Union" vom September 1945; AdO HCFA AC c. 883.

¹⁰² Rudolf Pechel (1882–1961), humanistische Schulbildung; Eintritt in die Kaiserliche Marine; Studium der Germanistik, Philosophie, Nationalökonomie und Anglistik in Göttingen; 1908 Promotion; 1910 Mitarbeit bei der Deutschen Rundschau; 1912–19 Redakteur des Literarischen Echos; 1919–42 Herausgeber und Chefredakteur der Deutschen Rundschau; Kritiker des Nationalsozialismus; 1942–45 KZ Sachsenhausen; ab 1946 Herausgeber der Deutschen Rundschau in Stuttgart. Vgl. auch: Schäfer, Pechel.

¹⁰³ Die weiteren Präsidiumsmitglieder waren: Dr. Paul-Ludwig Stuermer, Joseph Harbrecht, Dr. Andreas Hermes, Andreas Schmider, Ernst Haussmann, Dr. Lothar König; AdO HCFA AC c. 883.

Völker, wobei der Aussöhnung ein überragender Stellenwert zugebilligt wurde. Obwohl von der französischen Besatzungsmacht offiziell zugelassen¹⁰⁴, wirkte die "Occident-Union" nicht nach außen. Erst 1948 beantragte Stuermer die Lizenzierung eines Publikationsorgans mit dem Titel Abendländische Gespräche¹⁰⁵. Der Inhalt der Zeitschrift sollte sich mit politischen, soziologischen, philosophischen und praktischen Themen befassen, die insbesondere der "Abendländischen Interessens-Sphäre" entstammen sollten. Die Abendländischen Gespräche sollten nach dem Willen Stuermers einen "aktiven Beitrag zur Koordinierung aller Kräfte des abendländischen Geistes leisten" 106.

Als Herausgeber und Lizenzträger wollte Stuermer fungieren, als verantwortlicher Schriftleiter war der in Offenburg als Redakteur bei der Monatszeitschrift Das Ufer tätige Dr. Karl Michel vorgesehen. Die französischen Unterlagen geben allerdings keine Auskunft darüber, ob die Zeitschrift Abendländische Gespräche lizenziert wurde. Aktiv teilgenommen hat die "Occident-Union" an der Neugliederungsdiskussion nicht, doch ihr profranzösisches und abendländisches Gepräge lassen solche internen Planspiele vermuten. Inwieweit der Stammesföderalismus eine Rolle spielte, bleibt aber wegen der mangelhaften Quellenlage ungeklärt.

Der "Augsburger Plan" und die schwäbischen Föderalisten in der Amerikanischen Besatzungszone

Unmittelbar nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 betrat der katholische Publizist und "Abendländer" Dr. Otto Färber¹⁰⁷, dessen föderalistisches Engagement im französischen Außenministerium bekannt war¹⁰⁸, als Redakteur der *Schwäbischen Landeszeitung* in Augsburg die politische Bühne und begann mit spitzer Feder für einen schwäbischen Staat zu kämpfen¹⁰⁹. Der Herausgeber der Tageszeitung, Johann Wilhelm Nau-

¹⁰⁴ Mit Wirkung vom 29. 11. 1945 (Autorisation N°10308/344/DAA/I) genehmigte Baden-Baden die "Occident-Union".

¹⁰⁵ Lizenzantrag vom 19. 4. 1948; AdO HCFA AC c. 883.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Otto Färber (1892-1993), Sohn eines evangelischen Stadtpfarrers; 1904–09 Gymnasium in Bad Cannstatt; Studium in Tübingen; 1912 Eintritt in die katholische Studentenverbindung "Cheruskia" im CV; 1912 Konversion zum Katholizismus im Kloster Beuron; Kriegsteilnahme; Studium der Geschichtswissenschaften und der Philosophie in Stuttgart, Tübingen, Freiburg i. Br. und München; Promotion; Mitarbeit im Parteibüro der BVP; 1923 Hauptschriftleiter beim Deutschen Tiefdruckverlag und erster Vorsitzender der "Katholischen Liga für praktische akademische Arbeit" in Karlsruhe; 1924–34 Mitarbeit in der Chefredaktion des Badischen Beobachters; 1935–37 Chef vom Dienst beim Tiroler Anzeiger in Innsbruck; 1938 Inhaftierung im KZ Dachau; 1939–41 Buchhalter; 1941–42 Wehrmachtsdolmetscher für Russisch; nach Kriegsende in der Redaktion der Schwäbischen Landeszeitung in Augsburg; ab 1946 Mitherausgeber und Chefredakteur der Stuttgarter Nachrichten; 1956 österreichischer Konsul in Stuttgart; seit 1965 freier Schriftsteller in Telfs/Bairbach in Tirol. Religiös gefärbte Lebenserinnerungen hat Otto Färber im Alter von neunzig Jahren herausgegeben: Ders., Gott; außerdem für seine Studienzeit heranzuziehen: Ehrenmitglieder, 1925, S. 572.

¹⁰⁸ Mitte März 1945 berichtete der französische Botschafter in Bern, Vergé, an Außenminister Georges Bidault, daß Otto Färber zusammen mit Karl Färber (vgl. Anmerkung 33) in Baden eine föderalistische Bewegung [mouvement fédéraliste] aufbaue; Vergé an Bidault vom 13. 3. 1945; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 61.

^{109 &}quot;Bundesland Schwaben", in: Der Tagesspiegel vom 20. 2. 1946 und "Die neuen deutschen Länder", in: Badische Zeitung vom 14. 6. 1946.

mann, war überzeugt, in Färber den geeigneten katholischen Föderalisten gefunden zu haben, den er für die Redaktionsarbeit benötigte. Der Titel der Tageszeitung entstammte den politischen Vorstellungen Färbers und wurde von ihm durchgesetzt¹¹⁰; Schwaben betrachtete er als eines der nach Stammescharakter zu schaffenden Länder, das Teil eines föderalistisch aufgebauten Deutschlands sein sollte¹¹¹. Auf amerikanischen Wunsch hin reiste Färber Anfang 1946 zur Darlegung seiner Gedankengänge sowohl nach München in das Bayerische Regierungspräsidium als auch nach Stuttgart¹¹². Für die Zeitschrift Das Neue Abendland, dem zweiten großen publizistischen Projekt Naumanns, vermittelte Färber den Kontakt zu seinem Freund Walter Ferber, der 1946 als Chefredakteur der neuen Zeitschrift eingestellt wurde.

Als sich Otto Färber allerdings dank seiner Verbindungen zur CDU noch 1946 in Stuttgart neue berufliche Perspektiven eröffneten, gestaltete er von der Schwabenmetropole aus als Redakteur und Lizenzträger die Tageszeitung Stuttgarter Nachrichten. Immer wieder griff er in den folgenden Jahren mittels Kommentaren in den Stuttgarter Nachrichten in die Neugliederungsdiskussion ein, wobei er sich den Belangen des bayerischen Regierungsbezirks Schwaben verschrieben hatte. Im Dezember 1946 setzte er sich im Artikel "Der neue Bundesstaat" für eine umfangreiche Neugliederung der deutschen Länder ein: die dynastischen Gründungen der Napoleonischen Zeit seien zu beseitigen¹¹³. Als Reminiszenz auf die historische Entwicklung der Frühen Neuzeit erachtete Färber den Schwäbischen Kreis als eine territoriale Einrichtung mit Vorbildfunktion. Im Februar 1947 publizierte der Redakteur der Stuttgarter Nachrichten einen Leitartikel zur schwäbischen Frage¹¹⁴, ausgelöst durch die Resonanz, die Otto Fegers Schwäbisch-Alemannische Demokratie seit Mitte 1946 gefunden hatte. Die schwäbische Frage sei nicht nur von Archivaren aufgeworfen, urteilte Färber, vielmehr sei sie "ein Problem, das im Interesse der Bevölkerung politisch behandelt und gelöst werden muß"115. Fegers Konzept116 wies der Chefredakteur als "europäisch gemilderten Separatismus" zurück. Mit dem Konstanzer Stadtarchivar hatte Färber ausführlich korrespondiert117, deutlicher als Feger stellte Färber aber den bayerischen Regierungsbezirk Schwaben ins Zentrum der Diskussion. Man müsse endlich neue deutsche Staaten unter stämmischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten bilden, betonte Färber; die im Süden Deutschlands gelegenen Staatsgebilde erachtete er als überholt und verwies dabei vorzugsweise auf die Heterogenität Bayerns, das aus Franken, dem eigentlichen Bayern und Schwaben zusammengesetzt sei. "Gegenüber dem Übergewicht der bayerischen Staatlichkeit und Erziehung bedürfte es in diesem Teil Bayerns [Bayerisch-Schwa-

¹¹⁰ Färber, Gott, S. 206.

¹¹¹ Sein Engagement brachte ihm in einer Augsburger Faschingszeitung den Namen "Herzog von Schwaben" ein; Färber, Gott, S. 207.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Otto Färber: Der neue Bundesstaat, in: Stuttgarter Nachrichten vom 17. 12. 1946.

¹¹⁴ Otto Färber: Gibt es eine schwäbische Frage?, in: Stuttgarter Nachrichten vom 20. 2. 1947.

¹¹⁵ Fhenda

¹¹⁶ Die Gedankengänge Fegers sind in Kapitel IV/1 in Form einer Analyse der "Schwäbisch-Alemannischen Demokratie" dargestellt.

¹¹⁷ In den Korrespondenzen Fegers ist jedoch nur ein kurzes Schreiben erhalten, das allerdings inhaltlich weitere Briefe belegt. Diese sind verlorengegangen; vgl. Feger an Färber vom 10. 2. 1948; StadtA KN BA A-L 1948/49.

ben] zuerst des Schutzes freier Aufklärung und Organisation, sowie wenigstens eines einzigen wirklich schwäbischen Presseorgans."¹¹⁸

Färber geriet durch seine Propaganda für einen schwäbischen Staat rasch ins Blickfeld des öffentlichen Interesses. Auch das Nachrichtenmagazin Der Spiegel interessierte sich für den schwäbischen Föderalisten. Die Hamburger Redakteure konstatierten bei Färber nicht wie bei Otto Feger den Rückgriff auf das Stammesherzogtum Schwaben, sondern den Wunsch, ein schwäbischer "Bundesstaat [möge] auf die Städtedreiecke Freiburg-Stuttgart-Karlsruhe und Konstanz-Ulm-Augsburg aufbauen"119. Als getrennte Bundesländer waren nämlich nach Färbers Meinung auch Nieder- und Oberschwaben mit den Hauptstädten Karlsruhe und Augsburg denkbar. Hier nahm Der Spiegel den sogenannten "Augsburger Plan" vorweg, den Färber im August 1948 seinen Lesern präsentieren sollte. Unbedingt festzuhalten gilt es in diesem Zusammenhang, daß Färber Oberschwaben "gesinnungsmäßig zur alten Hauptstadt Wien" tendieren sah¹²⁰.

Unter dem Eindruck der Herrenchiemseekonferenz und der Arbeit der Ländergrenzkommission¹²¹ lancierte Färber einen Vorschlag für die Neugliederung Gesamtdeutschlands auf föderalistischer Grundlage. Scharf zog Färber dabei gegen die Übernahme der Präambel der Weimarer Verfassung ("Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen") in den ersten bekanntgewordenen Verfassungsentwürfen vom Leder; er hielt insbesondere dem bayerischen Staatssekretär Pfeiffer vor, die älteste deutsche Binnengrenze – den bayerisches und schwäbisches Siedlungsgebiet trennenden Lech – zu ignorieren¹²². "[Bayerisch-]Schwaben trägt heute den Charakter eines unterdrückten Landes ohne große kulturelle Mittelpunkte", ein Landstrich, den Färber in den nötigenfalls in Nieder- und Oberschwaben gegliederten schwäbischen Staat einbezogen sehen wollte. Der Münchener Zentralismus habe dem Regierungsbezirk Augsburg schwer geschadet; die Belastungen der Bevölkerung stünden in keinem Verhältnis zu der Entwicklung des "natürlichen, zivilisatorischen und kulturellen Reichtums".

Der "Augsburger Plan" entstammte allerdings nicht den konzeptionellen Überlegungen Otto Färbers; bei der Verbreitung hatte der Redakteur der Stuttgarter Nachrichten eher die Funktion eines Katalysators, wenngleich er das darin vertretene stämmische Gliederungsprinzip guthieß. Initiator und geistiger Urheber des Planes war ein Augsburger Kreis, als dessen Sprachrohr sich Willibald Eser, der neue Chefredakteur der Schwäbischen Landeszeitung, entpuppte. Der Augsburger Kreis hatte sich – wie der von Färber geleitete "Bund der Freunde Schwabens" – organisiert¹²³ und der Forderung nach einem "Staatsland Schwaben" verschrieben. Unter Teilnahme des Vorsitzenden der

¹¹⁸ Ebenda.

^{119 &}quot;Schwäbische Kunde", in: Der Spiegel vom 27. 3. 1948. Vgl. auch Färbers Ausführungen in seinen Memoiren: Ders., Gott, S. 206.

¹²⁰ Färber, Gott, S. 206; er selbst sprach von seiner "Zuneigung zu Österreich"; ebenda, S. 53. Wien lag für Färber politisch näher als Berlin, 1956 wurde seine Austrophilie mit dem Amt des österreichischen Konsuls in Stuttgart gewürdigt.

¹²¹ Die "Kommission zur Regelung der Ländergrenzen" hatte als siebten Vorschlag der Neugliederung Südwestdeutschlands die schwäbisch-alemannische Lösung à la Feger beraten; siehe Kapitel V/1.

¹²² Otto Färber: Um die älteste deutsche Binnengrenze – Der sogenannte Augsburger Plan – Ein Vorschlag zur Länderfrage, in: Stuttgarter Zeitung vom 28. 8. 1948.

¹²³ Der amerikanische Vizekonsul Robert W. Beghtol nannte in einem Bericht vom 25. 6. 1946 über den "Bund der Freunde Schwabens" (OMGUS [Intelligence Division] 10/110-2/3) Otto Färber

CSU Schwaben wurde der "Augsburger Plan" mit Kartenmaterial versehen und Interessenten vorgelegt. Das Konzept trat für die Wiederherstellung einer deutschen Bundesstaatlichkeit ein, das Postulat der "restlosen Beseitigung unnatürlicher (stammeswidriger) dynastischer Grenzen" war inhärent¹²⁴. Zur Versöhnung zwischen einheitsstaatlichen und staatenbundlichen Extremen wurde die Schaffung von "Staatsländern" propagiert. Geographisch sollte das "Staatsland Schwaben" den baverischen Regierungsbezirk Schwaben, Teile von Oberbayern, Württemberg-Baden, (Süd-)Baden mit dem gesamten Bodenseegebiet einschließlich Oberschwaben umfassen. Unter der Bezeichnung "Staatsland" verbarg sich die Definition als "Glied eines Föderativstaates", das sich auf "das Gebiet eines Staates stützt"; als Zentralregierung aller deutschen "Staatsländer" sollte ein "Staatsländerrat" fungieren¹²⁵. Als Kompromißlösung hierzu bot Eser den "Augsburger Plan" an, eine Aufteilung des "Staatslandes Schwaben" in Nieder- und Oberschwaben¹²⁶. Von amerikanischer Seite wurde die schwäbische Autonomiebewegung in Augsburg und Umgebung aufmerksam beobachtet, auch Telephonate wurden abgehört¹²⁷. Die Schwaben-Frage provozierte jedoch auf seiten der amerikanischen Besatzungsmacht keine unterstützenden Aktivitäten, selbst Briefe Färbers stießen lediglich auf höfliches, aber wirkungsloses Echo128. Für die amerikanische Militärregierung wog die Gesamtstaatlichkeit Bayerns schwerer als die mögliche Instabilität bei einer Länderneugliederung in Süddeutschland.

Die stammesföderalistischen Vorstellungen trug Otto Färber auch in den am 9. und 10. August 1947 in Bad Ems gegründeten "Bund deutscher Föderalisten"¹²⁹ hinein. Tatsächlich ließ der "Programm-Entwurf" eine stammesföderalistische Interpretation zu¹³⁰, stieß aber bei den bayerischen Föderalisten auf harten Widerstand. Die Bayerische

als Leiter. Unterstützung erhielt Färber nach diesem Bericht von dem schwäbischen CSU-Vorsitzenden Dr. Eugen Rindt und dem CSU-Mitglied Dr. Rudolph Martin.

¹²⁴ Otto Färber: Süddeutsche Länderfragen (masch. 3 S.); AsD NL Schmid 1151.

¹²⁵ Neue Zeitung vom 10. 6. 1946; zitiert nach Kock, Weg, S. 123 Anmerkung 112. Vgl. außerdem den Artikel von Willibald Eser: Staatsland Schwaben, in: Schwäbische Landeszeitung vom 7. 10. 1947.

¹²⁶ Eser, ebenda.

¹²⁷ Kock, Weg, S. 123 f. Zu den CCD-Protokollen vgl. OMGUS 10/87–3/32. Dort wird bezüglich der Verbreitung stammesföderalistischer Gedanken im Regierungsbezirk Schwaben festgestellt: "Many fanatic people from Schwaben are working like mad to separate themselves from Bavaria and to form a greater Schwaben together with Württemberg and Baden."

¹²⁸ Mitte 1948 unternahm Färber zwei Vorstöße bei der amerikanischen Militärregierung. Am 25. 5. 1948 und 5. 6. 1948 regte er angesichts der Londoner Beschlüsse die Abtrennung des Regierungsbezirks Schwaben von Bayern und die Bildung eines Landes Franken an. Die Antwortbriefe von OMGUS bestehen aus lapidaren Ausflüchten und Floskeln; OMGUS 15/147–1/18, zitiert nach Kock, Weg, S. 124 Anmerkung 119.

¹²⁹ Unterzeichner des Gründungsaufrufes waren: Ludwig Alpers (Niedersächsische Landespartei, vgl. Anmerkung 60), Peter Altmeier (Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz), Heinrich von Brentano (CDU-Landesvorsitzender in Hessen), Otto Färber, Emanuel Graf von Galen, Hans Haberer, Heinrich Hellwege, Wilhelm Hoegner, Ferdinand Kirnberger, Eugen Kogon, Franz Albert Kramer, Albert Lotz, Johann Wilhelm Naumann (vgl. Anmerkung 48), Rudolf Pechel (vgl. Anmerkung 102), Anton Pfeiffer, Ella Schmittmann, Franz Josef Schöningh, Adolf Süsterhenn (vgl. Anmerkung 93); vgl. Rheinischer Merkur vom 23. 8. 1947.

^{130 &}quot;Programm-Entwurf der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten (ADF)", ausgearbeitet von Ludwig Alpers Anfang 1947; AdO HCFA AP c. 3302 p. 87 d. 87. Ausschlaggebend für Färbers Interpretation: "VII. 1. Das Deutsche Volk ist kein Einheitsvolk. Es besteht aus Stämmen von prägnanter Eigenart." Andererseits: "VI. 2. Deutschland ist der Zusammenschluß sou-

Staatskanzlei ließ sich durch Karl Schwend¹³¹, dem einstigen Pressechef der BVP und nach 1946 engsten Mitarbeiter von Ministerpräsident Hans Ehard, repräsentieren. In Schwend fand Färber einen ebenbürtigen Gegenspieler, der den "bayerischen Staatsföderalismus" konsequent verteidigte. Färber legte mit seiner Agitation für eine "großschwäbische Bewegung" den Spaltpilz in die neugeschaffene Einheit der deutschen Föderalisten¹³². Tatsächlich schlugen sich die niedersächsischen und rheinland-pfälzischen Politiker auf die bayerische Seite und erteilten den stammesföderalistischen Plänen Färbers eine Abfuhr. In den Wochen nach Bad Ems kam es zu einer harten, vor allem in der Presse ausgetragenen Fehde zwischen Otto Färber und dem bayerischen Ministerpräsidenten a. D. Wilhelm Hoegner, die den Stammesföderalismus betraf¹³³.

In der ideologischen Umgebung Färbers hatte sich im Raum Stuttgart schon vor dem Zusammenbruch 1945 ein anderer Verfechter einer großschwäbischen Lösung zu Wort gemeldet: Fritz Haaga aus Stuttgart-Bad Cannstatt. Im Februar 1945 warb er heimlich für die Gedanken eines Zusammenschlusses aller Schwaben "in Württemberg, in Baden, im Breisgau, in Schwaben-Augsburg und im Arlberg", wobei er seine Gesinnungsgenossen zur Propaganda im Freundeskreis und in den Volkssturmkompanien anhielt¹³⁴. In den folgenden beiden Jahren – vor allem 1946 – verschickte er umfangreiche Denkschriften, um für die stammesföderalistische Gliederung zu werben¹³⁵. Allerdings war nicht Haaga, sondern ein gewisser Keuerleber der Gründer des in amerikanischen Dokumenten marginal erwähnten und in Stuttgart auftauchenden "Schwäbischen Bundes"¹³⁶, einer Ein-Mann-Partei mit eklatanten Autonomieforderungen.

Bereits im Februar 1946 übersandte Fritz Haaga dem Freiburger Erzbischof Gröber seine Denkschrift *Aufbauen!*, in der er sich ausgiebig über die staatliche Reorganisation ausließ¹³⁷. Ein "weitgehend" unabhängiges Schwabenland ("Großschwaben") konnte

veräner Gliedstaaten (Einzelstaaten, Länder) mit unterschiedlicher Bevölkerung, die einen Teil ihrer Souveränität auf Deutschland übertragen haben."

¹³¹ Karl Schwend (1890-1968), ab 1918 Mitglied der BVP und deren Pressechef; enge Beziehungen zum bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held; 1933 MdL Bayern (BVP); 1947 Berufung durch Hans Ehard in die Bayerische Staatskanzlei; 1950-54 Leiter derselben; galt als "Graue Eminenz" der Staatskanzlei.

¹³² Kock, Weg, S. 201.

¹³³ Die Polemik ist ausführlich bei Kock, Weg, S. 203 ff. dargestellt. Außerdem Kritzer, Hoegner, S. 224 ff. zu den Differenzen Hoegners mit dem SPD-Parteivorstand in Hannover wegen seiner Unterschrift unter den Aufruf von Bad Ems.

¹³⁴ Fritz Haaga: "[Sammlung von Ausarbeitungen für ein autonomes Südwestdeutschland]" Stuttgart 1946 (masch. 13 S.), darin zweiseitiges Flugblatt vom Februar 1945, ebenda, S. 1; EAF NL Gröber Nb 8/62.

¹³⁵ Im Nachlaß des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber sind für die Jahre 1946/47 drei Denkschriften erhalten: Fritz Haaga: "Unser Schwaben! Eine Huldigung an die Heimat" (masch. 15 S.); Ders.: "[Die Schwäbische Frage]" [1947] (masch. 5 S.); Ders.: "Der Schwäbische Kreis. Über das Problem unserer zukünftigen staatlichen Gestaltung" (masch. 30 S.).

¹³⁶ Erwähnung bei Brosdorf/Niethammer, Befreiung, S. 254 f. Tatsächlich hatte Keuerleber am 20. 10. 1945 die Genehmigung zur Gründung des "Schwäbischen Bundes" erhalten. Seine Ziele und die Programmatik der Partei besprach er am 21. 10. 1946 mit dem Stuttgarter Staatsrat Konrad Witwer, der als einer der engsten Vertrauten Reinhold Maiers galt; HStAS EA 1/922 0610. Über die Stellung des "Schwäbischen Bundes" zur Neugliederungsdiskussion ist kein Material vorhanden, der Name dürfte allerdings Programm gewesen sein.

¹³⁷ Haaga an Gröber vom 22. 2. 1946, im Anhang Fritz Haaga: "Aufbauen!" 1945 (masch. 7 S.); EAF NL Gröber Nb 8/62.

nach seiner Auffassung nur in einen deutschen Staatenbund, der auf eine Zollunion beschränkt wäre, eintreten; eine bundesstaatliche Lösung verwarf er mit Blick auf die Reichsgründung von 1871. Über den Aufbau des Staates "Großschwaben" machte sich Haaga in den darauffolgenden Monaten intensiv Gedanken, wobei sich ab Ende 1946 erstmalig der Einfluß des in der Ausarbeitung explizit erwähnten Otto Feger¹³⁸ manifestierte; die *Schwäbisch-Alemannische Demokratie* war im Juli 1946 in den Auslagen der Buchhandlungen erschienen. Mit der Einteilung "Großschwabens" in Landschaften¹³⁹ lehnte er sich sehr eng an den von Feger definierten Begriff an, entwickelte aber im Gegensatz zum Konstanzer Stadtarchivar ein Landschaftsmodell für den gesamten schwäbisch-alemannischen Raum im ehemaligen Reichsgebiet. Auch die Wurzeln seines Geschichtsbildes lagen in der Auffassung von der "Vergewaltigung" des Südens durch den Norden: eine gerade Linie führte für Haaga von 1866 bis 1945. Das autonome "Großschwaben", nur locker in einer deutschen Zollunion organisiert, sollte die europäischabendländische Integration erstreben.

Anfang 1947 tauchte im Südwesten ein Flugblatt auf, das zur Gründung von "Schwabenvereinen" aufrief, einhergehend mit der Forderung nach Errichtung eines Staates "Schwabenland". Inwiefern Fritz Haaga oder auch der von Großbottwar im Kreis Ludwigsburg aus agierende Ingenieur Adolf Mühleisen¹⁴⁰ als Hintermänner fungierten, muß dahingestellt bleiben. Das in sieben Kantone¹⁴¹ gegliederte, in Aussicht gestellte "Schwabenland" sollte sein Zentrum in Rottweil haben¹⁴². Um den Schwaben das Leben im neuen Staat schmackhaft zu machen, schlug der Autor des Flugblattes vor, den Einheimischen doppeltes Stimmrecht und obendrein 3500 Kalorien an Lebensmitteln zu ge-

^{138 &}quot;Für den zu erwartenden schwäbischen Staat hat insbesondere Dr. Otto Feger, Konstanz in seinem epochemachenden Buche "Schwäbisch-Alemannische Demokratie" den Gedanken des föderativen Aufbaues dieses schwäbischen Staates empfohlen"; in: Fritz Haaga: "[Die Schwäbische Frage]" [1947] (masch. 5 S.), S. 4.

¹³⁹ Untergliederung in 14 Landschaften: 1) Neckarpfalz mit Mannheim, Heidelberg und Mosbach 2) Altbaden mit Karlsruhe und Baden-Baden 3) Ortenau 4) Breisgau 5) Markgräflerland 6) Hotzenwald 7) Baar und Hegau 8) Linzgau (mit Hohenzollern-Sigmaringen) 9) Oberschwaben zwischen Donau, Iller und Bodensee 10) Altwürttemberg 11) Oberneckartal 12) Hohenlohe mit Schwäbisch Hall und Crailsheim 13) Bauland mit Taubergrund 14) Bayerisch-Schwaben; Fritz Haaga: "Der Schwäbische Kreis. Über das Problem unserer zukünftigen staatlichen Gestaltung" (masch. 30 S.), S. 9; EAF NL Gröber Nb 8/53.

¹⁴⁰ In Abwandlung des württembergischen Wahlspruchs "Hie gut Wirtemberg alleweg" gab Mühleisen Ende der vierziger Jahre die Parole "Hie gut Schwaben alleweg" aus und machte sie zum Wahlspruch einer neuen Partei, nämlich der Partei der Schwaben (P. d. S.), definiert als "die Partei der schwäbischen Demokratie". Autonomismus ("Selbstbestimmung des politischen Schicksals"), Antiborussianismus ("Es gilt unsere schwäbische Heimat von dieser Pest freizuhalten"), Föderalismus ("Umgestaltung der Bonner Verfassung in "echt" föderalistischem Sinne") und Zusammenarbeit mit weiteren "Heimatparteien" (Bayern-Partei und Niedersächsische Landespartei) bildeten das schmale Parteiprogramm. Vgl. Flugblatt der P. d. S. "Die Heimat ruft Dich!" [1948]; AdO Bade AP c. 2157/3 d. 44. Die französische Besatzungsmacht vermutete neben dem Stuttgarter Stellvertretenden Bürgermeister Hirn auch den Ravensburger Bürgermeister und Kultusminister von Württemberg-Hohenzollern, Albert Sauer (vgl. Kapitel V/2), hinter dieser Partei; Pène an François-Poncet vom 13. 9. 1950; ebenda.

¹⁴¹ Bayerisch-Schwaben, Allgäu, Bodensee, Oberland, Unterland, Schwarzwald und Vorarlberg.

¹⁴² Dr. Schairer: "Pansuevismus", in: Stuttgarter Zeitung vom 11. 6. 1947; zitiert nach einer Abschrift des Artikels im NL Gerhard Ritter; BA NL [Gerhard Ritter] 166/329.

währen, alle öffentlichen Ämter mit Schwaben zu besetzen und die nach dem 1. Oktober 1939 zugereisten "Nichtschwaben" auszuweisen.

Die "Gesellschaft Oberschwaben"

Nach 1945 ging die Initiative zum geistigen Neubeginn im oberschwäbischen Raum von dem Buchhändler Josef Rieck143 aus und mündete schließlich in der Gründung einer abendländischen Vereinigung: der "Gesellschaft Oberschwaben"144. Die Regeln des heiligen Benedikt hatte Rieck seinerzeit als Novize in Neresheim und im Stift Neuburg so sehr in sich aufgenommen, daß sie Teil seines Wesens wurden. Er war eine tief vom Katholizismus geprägte, charismatische Persönlichkeit, die von den Gedanken eines Carl Muth und Theodor Haecker beeinflußt war¹⁴⁵. Schon während des Krieges - Rieck hatte sich 1938 in Aulendorf niedergelassen und eine wissenschaftliche Versandbuchhandlung gegründet - galt seine Buchhandlung als ausgesprochener Geheimtip; hier konnten Bücher erstanden werden, die ansonsten nicht (mehr) angeboten wurden. Zu seinem Freundeskreis zählten auch die Geschwister Scholl und der Ulmer Maler Wilhelm Geyer¹⁴⁶, Menschen, die wegen ihrer politischen Äußerungen verhaftet und verurteilt wurden. Rieck selbst wurde argwöhnisch von der Gestapo beobachtet und 1943 in Ulm im Zusammenhang mit den Aktionen der Geschwister Scholl verhört. Die Kartothek seiner Buchhandlung umfaßte das geistige Deutschland, viele Widerstandskämpfer des Zwanzigsten Juli waren seine Kunden.

Die Idee, einen freien geistigen Austauschplatz für alle Menschen zu schaffen, die zu neuer Verantwortung berufen schienen, hatte Rieck bald nach Kriegsende in die Tat umgesetzt. Die "Gesellschaft Oberschwaben" sah er als eine Plattform für die Behandlung zeitgeschichtlicher, politischer und wirtschaftlicher Fragen jenseits der parteipolitischen und konfessionellen Grenzen an, mit dem Ziel, die neuen Fundamente der Gesellschaft und des Staates zu diskutieren. Mit der Gründung der "Gesellschaft Oberschwaben" befaßte sich Rieck seit Frühsommer 1945, die Genehmigung durch die französische Besatzungsmacht datiert auf den 25. Juli 1945. Im November wurden der Stiftungsaufruf vorbereitet und die Ziele der "Gesellschaft Oberschwaben" umschrieben: "Oberschwaben als Land, in dem die universale Geistigkeit des deutschen Südens noch in lebendiger Überlieferung lebt und von der ungebrochenen Kraft des Volkes getragen wird, ist damit aufgerufen, seinen besonderen Beitrag für den Neuaufbau des geistigen und kulturellen

¹⁴³ Josef Rieck (1911–1970), aufgewachsen in Stuttgart; Besuch des dortigen Eberhard-Ludwig-Gymnasiums; ab 1929 Studium der Theologie in Tübingen; Novize in den Benediktinerklöstern Neresheim und Neuburg; 1933 Lehrer in Brasilien (Unterricht von Auswandererkindern); 1936–38 Buchhandelslehre in Stuttgart und Berlin; 1939 Eröffnung einer Buchhandlung in Aulendorf (wissenschaftliche Versandbuchhandlung); 1946 Gründungsmitglied der "Gesellschaft Oberschwaben". Vgl. auch: "Josef Rieck – Buchhändler mit Leib und Seele", in: Schwäbische Zeitung – Ausgabe Bad Waldsee-Aulendorf – vom 9. 1. 1970.

¹⁴⁴ Soweit nicht anders vermerkt, stützen sich die Ausführungen zur "Gesellschaft Oberschwaben" auf Burger, Tauschplatz, S. 177–188.

¹⁴⁵ Mit Theodor Haecker (vgl. Kapitel III/1) war Josef Rieck auch persönlich bekannt, im Kreise der Geschwister Scholl hatte er im Februar 1943 einen Nachmittag mit dem katholischen Philosophen verbracht; Geyer, Geyer, S. 196.

¹⁴⁶ Zur Freundschaft mit dem Maler Wilhelm Geyer und den Geschwistern Scholl vgl. Geyer, Geyer, S. 196 ff.

Lebens in Württemberg zu leisten. [...] Das Schloß in Aulendorf soll zu einem Treffund Sammelpunkt der geistigen Kräfte ausgebaut werden, die an einer grundlegenden Neuorientierung unseres sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens verantwortungsbewußt arbeiten. "147 Zur ersten offiziellen Versammlung zwecks Vorbereitung der Gründung rief Rieck die Interessenten für den 28. Dezember 1945 nach Aulendorf; aus dieser Versammlung ging ein elfköpfiges vorläufiges Kuratorium hervor, das am 28. März 1946 die "Gesellschaft Oberschwaben" konstituierte. Freiherr Hans Christoph von Stauffenberg übernahm die Geschäftsführung. Er sollte im Sommer die Lizenzierung eines "Verlages der Gesellschaft Oberschwaben" beantragen, dessen Grundidee die Verpflichtung des deutschen Volkes im Geist des "abendländischen Denkens" und "ein deutscher Beitrag zu der sich immer erneuernden Aufgabe des Abendlandes" darstellen mußte¹⁴⁸. Das Ansinnen sollte auf Befürwortung des Tübinger Oberdelegierten Widmer stoßen¹⁴⁹.

Die feierliche Eröffnungstagung fand am 27. April 1946 im Aulendorfer Schloß statt. Nach den einleitenden Worten von Stauffenbergs führte Josef Rieck in einer emphatischen und von Idealismus geprägten Rede¹⁵⁰ die Absichten der "Gesellschaft Oberschwaben" aus. Unter den Anwesenden befand sich auch der spätere Wangener Landrat Dr. Walter Münch¹⁵¹, der sich zwar nicht an Neugliederungsgedanken innerhalb der "Gesellschaft Oberschwaben", so doch noch nach Jahrzehnten an die Alpenlandbewegung erinnerte¹⁵² und in den Arbeitsausschuß der Gesellschaft gewählt wurde. Die Festreden der Tagung hielten Auswärtige, der spätere Regierungschef von Württemberg-Hohenzollern, Staatsrat Professor Carlo Schmid, und der Rektor der Universität Tübin-

^{147 &}quot;Mitteilungen der Gesellschaft Oberschwaben"; zitiert nach Burger, Tauschplatz, S. 173 f.

¹⁴⁸ Ausführlich dazu: Dossier "Verlag der Gesellschaft Oberschwaben 1946"; AdO HCFA AC c. 736/2. Zitat aus: "Verlagsprogramm der Gesellschaft Oberschwaben" [22. 7. 1946].

¹⁴⁹ Widmer an Laffon vom 29.7. 1946; AdO HCFA AC c. 736/2.

¹⁵⁰ Rede Riecks bei der Eröffnungstagung der "Gesellschaft Oberschwaben" am 27. 4. 1946 (masch. 6 S.); StA SIG N 2/6.

¹⁵¹ Walter Münch (1911–1992), Jugendjahre in Schelklingen, Blaubeuren und Ulm; Abitur in Ulm; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in München, Salzburg, Königsberg und Tübingen; Referendariat in Ulm; zweiter Beamter im Landratsamt Tettnang; 1940–45 Kriegsdienst als Gebirgsjäger; nach 1945 Mitarbeit im Landratsamt Wangen; 1946 Mitglied des Arbeitsausschusses der "Gesellschaft Oberschwaben"; 1949–72 Landrat von Wangen im Allgäu; 1967–90 Leiter des Literarischen Forums Oberschwaben; 1977 Ehrendoktor der Universität Tübingen.

Walter Münch, der sich als Landrat intensiv um die Belange des oberschwäbischen Raumes bemühte und unter anderem auch den Regionalplanungsverband Oberschwaben-Bodensee initiierte, hatte Kenntnis von den alpenländischen Plänen des Jahres 1945 (vgl. Kapitel III/1). Auf einer Veranstaltung des Colloquium Humanum am 10. 3. 1964 in Bad Godesberg charakterisierte er die Anhänger der Idee in Unkenntnis der Begebenheiten als "Landfremde" (Ders., Schwaben, S. 30; auch abgedruckt im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg Nr. 35/36 vom 6. 5. 1964; Manuskript: KA RV NL Münch 30.) und bewertete diese Tendenzen als "autarken Provinzialismus" bzw. als "autonomen Regionalismus". In einem für Freunde bestimmten Textentwurf (Ders., Das Allgäu, eine verhinderte Eidgenossenschaft, Wangen 1982) analysierte er die Appenzellerkriege des beginnenden 15. Jahrhunderts als "eine Einigungsbewegung", die das "Alemanische Bergland" erfaßt habe und mit der "Alpinen-Unions-Bewegung" nach 1945 Ähnlichkeiten aufweise; KA RV NL Münch o. Sig. Zur Neugliederungsdiskussion im "Dritten Reich" und nach 1945 vgl. auch seinen Artikel "Bausteine einer Entwicklung des Raumes Allgäu", in: Der Allgäuer vom 7./8. 8. 1965.

gen, Professor Theodor Steinbüchel. Carlo Schmid, der sich damals noch Karl nannte, sang das "Lob Oberschwabens"¹⁵³, vermied es aber, auf die Ziele der Gesellschaft konkret einzugehen; Steinbüchels Rede sah in Riecks Sinne die "Lösung der Krisis des heutigen Menschen" in der Gottbegegnung.

Bereits zwei Tage später nahm die "Gesellschaft Oberschwaben" die konkrete Arbeit auf. In fünf Tagungen im Frühjahr und Sommer 1946 beschäftigte man sich mit der Ausarbeitung einer Verfassung für die künftige staatliche Ordnung. Zuerst wurde der Verfassungsentwurf für Württemberg-Baden erörtert; Carlo Schmid referierte am 18. Mai und entwickelte konkrete Prinzipien für die zukünftige Verfassungsordnung. Die wiederherzustellende Einheit Württembergs war das vordringliche Begehren der Tagungen, Länderneugliederungsfragen wurden nicht behandelt. Trotzdem sollte die "Gesellschaft Oberschwaben" zu einer Plattform der Neugliederungsdiskussion werden. Im Oktober trafen sich unter deren Dach die südwestdeutschen Archivare zum ersten Mal; auf der zweiten Tagung im Mai 1947 hielt der Konstanzer Stadtarchivar Otto Feger sein Referat "Erziehung zum landesgeschichtlichen Denken", das als eine Darlegung der Prinzipien der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie auf dem Feld der Archivarbeit zu werten ist¹⁵⁴. Auch seine beiden Kollegen, der Stadtarchivar von Freiburg, Friedrich Hefele, und der Fürstlich Waldburg-Zeil'sche Archivar, Rudolf Rauh, stimmten Fegers Forderungen über weite Strecken zu¹⁵⁵.

2. Der oberdeutsche Adel

Die Behauptung von Hans-Georg Wieck, die Gedanken einer "Union alpine" seien insbesondere in adeligen Kreisen erörtert worden, die darunter "eine Art Donaukonföderation mit Südbaden, Südwürttemberg, Tirol und Vorarlberg" verstanden hätten¹⁵⁶, ist in bezug auf die Urheberschaft der Gedanken und der Verbreitung ernst zu nehmen und nachfolgend zu überprüfen. Problematisch bleibt aber der Nachweis solcher Gedankengänge. Es mangelt nämlich an schriftlichem Quellenmaterial zu diesem Komplex, um so sorgfältiger müssen die wenigen vorhandenen und zugänglichen Dokumente ausgewertet werden. Des weiteren bleibt zu bedenken, daß Adelsarchive Privatarchive sind, so daß der Zugang bei vermeintlich noch nach Jahrzehnten als politisch brisant bewerteten Themen restriktiv gehandhabt und damit die Forschung nicht gefördert wird¹⁵⁷. Die Scheu, sich unmittelbar nach 1945 schriftlich bezüglich der künftigen staatlichen Struktur Süddeutschlands zu äußern, war auch in Adelskreisen verbreitet. Hingegen erwies sich die persönliche Unterredung als das probate Mittel, Konsens über die Lösung der territorialen Probleme des südwestdeutschen Raumes zu finden. Die wenigen Dokumente deuten auf eine intensiv geführte Diskussion innerhalb des oberdeutschen Adels hin. Gedruckte Quellen zur Neugliederungsdebatte, für die der oberdeutsche Adel als

¹⁵³ Schmid, Lob.

¹⁵⁴ Vgl. "Die Südwestdeutschen Archivtage" in Kapitel IV/2.

¹⁵⁵ Die Konzepte der Archivare sind in Kapitel IV/2 ausgebreitet.

¹⁵⁶ Wieck, Demokraten, S. 170.

¹⁵⁷ Für die vorliegende Untersuchung konnte kein Einblick in die Archive der Familien Hohenzollern/Sigmaringen und Fürstenberg/Donaueschingen genommen werden. Teilweise konnte das entstandene Defizit aber durch anderenorts zugängliches Quellenmaterial beseitigt werden.

Urheber gezeichnet hätte, sind inexistent. Die Rolle der französischen Besatzungsmacht ist allerdings klar zu definieren: Die Beziehungen zu den süddeutschen Häusern waren "höchstens" gesellschaftlicher und kultureller Art¹⁵⁸.

Waldburg-Zeil

Sein Vater habe sich Neugliederungsplänen "strikt verweigert", gab Graf Alois von Waldburg-Zeil in Zusammenhang mit der Wiederbelebung des Partikularismus und Regionalismus nach 1945 dem Tübinger Soziologen Andreas Dornheim zu bedenken¹⁵⁹, der es deshalb für unwahrscheinlich hielt, daß "sich das Haus Waldburg-Zeil für eine "Schwäbisch-Alemannische Demokratie' eingesetzt hat"¹⁶⁰.

Der angesprochene Vater, Fürst Erich von Waldburg-Zeil¹⁶¹, war nun aber keineswegs unbeteiligt an der Neugliederungsdiskussion geblieben¹⁶², ganz im Gegenteil gab er sich vielmehr überzeugt von der Bildung eines projektierten schwäbisch-alemannischen Staates. Im Herbst 1945 teilte er schriftlich sein Einverständnis zur Mitarbeit in der zu gründenden abendländischen "Gesellschaft Oberschwaben"¹⁶³ mit, um das ihn der Aulendorfer Buchhändler Josef Rieck gebeten hatte. Diese Gesellschaft sollte – wie bereits ausgeführt – zum kulturellen Mittelpunkt für Oberschwaben werden, ein freier geistiger Tauschplatz ohne parteipolitische oder konfessionelle Abgrenzungen. Fürst Erich stand dem Ansinnen Riecks offen gegenüber, er äußerte allerdings in einem Brief auch in zweifacher Hinsicht Bedenken: Obwohl historisch unbelastet, dürfe der Begriff "Oberschwaben" nicht zu sehr betont werden, niemand würde "gesamtschwäbischer"¹⁶⁴ als

¹⁵⁸ Darauf hat Prinz Konstantin von Bayern eindringlich hingewiesen; Konstantin, Macht, S. 213.
Zum Neugliederungskonzept "Alpenland" äußerte er sich ebenfalls: "Die "Union Alpine", eine Alpenländer-Föderation, wäre wenigstens wirtschaftlich vorstellbar gewesen. Auch kulturell vorstellbar"; ebenda, S. 212.

¹⁵⁹ Alois Graf von Waldburg-Zeil an Dornheim vom 24. 5. 1986; zitiert nach Dornheim, Adel, S. 379.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 379. Die Dissertation Dornheims beruht – laut Auskunft des Waldburg-Zeil'schen Archivars Beck – nicht auf Quellenmaterial des FWZGA.

¹⁶¹ Erich Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg (1899–1953), katholische Erziehung; Besuch des Max-Gymnasiums in München; 1917 Kriegsdienst als Leutnant eines Dragonerregiments; 1918 Chef des Hauses Waldburg-Zeil und damit Großgrundbesitzer (9000 ha); 1919 Abitur; Studium der Staatswissenschaften, Geschichte, Kunstgeschichte und Philosophie in München und Tübingen; 1926 Heirat mit Monika Prinzessin zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg; 1930 Erwerb der Wochenzeitung Der Illustre Sonntag, 1932 umbenannt in Der Gerade Weg; 1939–44 Reserveoffizier mit wechselnder Verwendung an der Ostfront; 1944 Entlassung "in Uniform" nach dem sogenannten "Fürstenerlaß"; 1951 Mitbegründer der "Abendländischen Aktion" und der "Abendländischen Akademie"; 1951 Erwerb der Zeitschrift Das Neue Abendland; Ritter des Ordens vom Goldenen Vlies und Ehrenritter des Souveränen Malteser-Ritterordens; Mitarbeit im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken; 1953 auf einer Revierfahrt tödlich verunglückt. Vgl. o. A., Wege.

Entgegen Richter, Bedeutung, 1980, S. 84 ist von Gunther Träger keine Dissertation über die konservative Politik des Fürsten Erich eingereicht worden (Gunther Träger, Erich Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg und der Konservatismus in Deutschland nach 1945, Würzburg Diss. Phil. 1976). Vgl. Dornheim, Adel, S. 397 Anmerkung 5.

¹⁶² Dies ergab die Auswertung des Nachlasses, der sich auf Schloß Zeil befindet, sowie die Befragung von Zeitzeugen.

¹⁶³ Erich Fürst Waldburg-Zeil an Rieck vom 25. 10. 1945; FWZGA NL Rauh Archiv 21.

¹⁶⁴ Ebenda.

die Oberschwaben empfinden. Verstreut sind auch einige Bemerkungen zur staatlichen Reorganisation untergebracht, die Rückschlüsse auf sein Denken zulassen. Wichtig war für den Fürsten nämlich die Beeinflussung Österreichs, die unbedingt sicherzustellen sei; Österreich sah er einen Irrweg beschreiten, die Eigenstaatlichkeit verteufelte er als Hybris, die dem abendländischen Gedanken diametral entgegenliefe. Der Begriff "Abendland" hatte einen festen Bestand in der Gedankenwelt des Fürsten, eine österreichische Republik fand darin keinen Platz. "Oesterreichertum" ist ebensowenig eine Idee, wie Bayerntum, Schwabentum oder gar Oberschwabentum eine solche wäre, ohne den Gedanken der Vereinigung aller Glieder in einem Leib. "165 Der "Leib" wiederum – wenn auch hier noch nicht explizit formuliert - stellte in seiner Gedankenwelt einen Zusammenschluß des katholischen Südens einschließlich Österreichs in einer Konföderation dar. Eine Eigenstaatlichkeit außerhalb eines katholischen, süddeutschen "Leibes" blieb für ihn unvorstellbar. Dabei sollte den einzelnen Regionen ein besonderes Gewicht zufallen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl zum "süddeutschen Leib" war seiner Ansicht nach in Oberschwaben sehr verbreitet, das Gefühl der "Einheit in der Vielheit" sei nördlich des Bodensees erhalten geblieben. Daraus leitete Fürst Erich eine besondere Mission Oberschwabens ab und begrüßte daher die Gründung der "Gesellschaft Ober-

Diese nichtöffentlichen Ansichten des Fürsten Erich waren auch im französischen Außenministerium in Paris bekannt. Im Winter 1945/46 hatte nämlich der Fürst hastig im Beisein von Hauptmann Bertrand de Lacger¹⁶⁶ einen Programmentwurf einer Christlich-Sozialen Union skizziert und selbst holprig ins Französische übersetzt. Im Bericht de Lacgers an das Außenministerium wurde der Entwurf zitiert: "Die Partei will außenpolitisch eine Föderation [...], ähnlich wie die Schweiz. Der deutsche Staat existiert nicht mehr, die Deutschen sind geblieben. [...] Derjenige, der deren föderalistischen Bund behindern wollte, gäbe den Kommunisten die Gelegenheit, die Nachfolger des Nationalsozialismus zu werden. [...] Für die Bevölkerung von Württemberg und Baden sind deren Länder vollkommene Realitäten. Das muß man bedenken, trotzdem müßte man eine Lösung auf der Basis eines Großschwaben anstreben."¹⁶⁷ In der Gedankenwelt des Fürsten war Großschwaben jedoch nur die Vorstufe einer alpenländischen Konföderation.

Der Fürstlich Waldburg-Zeil'sche Archivar, Rudolf Rauh, machte den Fürsten im Sommer 1946 mit dem Verfasser der Schwäbisch-Alemannischen Demokratie bekannt. Otto Feger genoß zusammen mit seiner Ehefrau und seinem Kollegen Rauh Ende 1946

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ Bertrand de Lacger (?-1952) war vor und während des Zweiten Weltkrieges der Mittelsmann für die bayerischen und österreichischen Emigranten in Frankreich. Er arbeitete eng mit Joseph Panholzer, einem katholischen Föderalisten, zusammen. Im Herbst 1944 flog Panholzer in Begleitung von Lacger nach Rom. Panholzer traf sich in der Ewigen Stadt mit Kronprinz Rupprecht, außerdem scheint er seine bayerischen Autonomiepläne mit vatikanischen Kreisen abgesprochen zu haben. Bertrand de Lacger selbst fungierte als Vertreter des Deuxième Bureau, seine Herkunft lag wahrscheinlich im alten südfranzösischen Adel. Vgl. Kock, Weg, S. 46 und S. 54 f.

¹⁶⁷ Hauptmann de Lacger hat den Bericht in Paris niedergeschrieben. Mehrere Indizien deuten darauf hin, daß er für den französischen Geheimdienst in Deutschland tätig war. Vgl.: "Objet: La Bavière et le problème allemand", Hauptmann de Lacger vom 2. 2. 1946; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 61.

eine Führung durch Schloß Zeil, der Fürst selbst gab sich die Ehre¹⁶⁸. Der Ruf war dem Konstanzer Archivar weit vorausgeeilt, besaß doch der Fürst bereits ein Exemplar dessen umstrittener Schrift in seiner Handbibliothek¹⁶⁹. Fürst Erich nutzte die Gelegenheit und verwickelte Feger in eine Diskussion über die Zukunft Südwestdeutschlands. Daß ihm Fegers Pläne für den schwäbisch-alemannischen Raum prinzipiell zusagten, ist offensichtlich, hinsichtlich der Rolle des Adels dürften jedoch divergierende Meinungen aufeinandergeprallt sein.

Konservativ in seiner Grundhaltung und verankert im Katholizismus¹⁷⁰, orientierte sich Fürst Erich in Richtung Österreich und sah in Otto von Habsburg den legitimen Anwärter auf die Spitze einer Konföderation süddeutscher Staaten, Zurecht kann Fürst Erich als ein Vertreter des mittelalterlichen Reichsgedankens eingestuft werden¹⁷¹. "Ich persönlich könnte mich sehr gut als Anhänger eines Rhein-Donau-Konföderationsgedankens [d. h. einer alpinen Union] vorstellen, als Übergang zum Ausweg aus der kaiserlosen, der schrecklichen Zeit, die nach 140 Jahren noch nicht zu Ende gehen will", vertraute er im Dezember 1947 seinem Onkel, dem Fürsten Max von Waldburg-Wolfegg, an¹⁷². Fürst Erich hielt es für legitim, daß "sich ein Kreis von allzu Schwachen in einer gemeinschaftlich gewählten Spitze konföderiert"; auch die Österreicher müßten sich langsam darüber bewußt werden, daß ohne wirtschaftliche Mittel ihre Eigenständigkeit hinfällig sei. In einem Brief an seinen Freund Dr. Johannes Steiner führte der Fürst den Gedanken weiter aus: "Und Österreich entfernt sich immer mehr vom alten Reichsgedanken, der seine alleinige Stütze war, zu einem kleinösterreichischen Staatsdenken, das noch gemeiner wirkt als das Kleindeutschtum Bismarcks, weil ihm jegliche Staatsidee fehlt."173 Der Vorbildcharakter der kantonal gegliederten, nahen Schweiz schwebte Fürst Erich bei diesen Ausführungen ständig vor Augen.

Die im Entstehen befindlichen demokratischen Strukturen blieben ihm fremd: "Jetzt nur etwas Freiheit haben, um die Massen ansprechen zu können und was könnte alles geschaffen werden, wenn nur der diktatorische Demokratieschwindel etwas gedämpft würde."¹⁷⁴ Diese Briefpassage vom Dezember 1947 stellt die Reaktion des Fürsten auf

¹⁶⁸ Interview mit Liselotte Kerkermeier, der zweiten Frau Otto Fegers, vom 21. 7. 1994; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁶⁹ Nach Auskunft des Fürstlich Waldburg-Zeil'schen Archivars Rudolf Beck befindet sich die Schwäbisch-Alemannische Demokratie in der von Erich nachgelassenen Handbibliothek. Aufschlußreiche Randbemerkungen fehlen. Fürst Erich darf als ausgesprochen bibliophil gelten, eine umfangreiche Bibliothek zeugt von seiner wissenschaftlichen Leidenschaft. Seinen Schreibtisch zierte ein Zitat aus der längst ungebräuchlichen Karfreitagsliturgie, das seinen abendländischen Standpunkt trefflich charakterisiert: "Allmächtiger, ewiger Gott, in Deiner Hand sind die Gewalten und die Rechte aller Staaten: Schau gnädig herab auf das Römische Reich, daß die Völker, die auf die Stärke ihrer Faust vertrauen, durch Deine mächtige Hand gebändigt werden"; zitiert nach o. A., Wege, S. 393.

¹⁷⁰ Sein Verhältnis zu Papst Pius XI. und dessen Enzyklika "Quadragesimo anno" legte er in einer Broschüre (Waldburg-Zeil, Soziallehren) dar.

¹⁷¹ Dornheim, Adel, S. 333.

¹⁷² Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Max Fürst von Waldburg-Wolfegg vom 27. 12. 1947; FWZGA NL Fürst Erich 8/1947 NZA 987.

¹⁷³ Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Johannes Steiner vom 23. 4. 1947; zitiert nach o. A., Wege, S. 392

¹⁷⁴ Erich Fürst von Waldburg-Zeil an Max Fürst von Waldburg-Wolfegg vom 27. 12. 1947; FWZGA NL Fürst Erich 8/1947 NZA 987.

eine Abschrift des Artikels der schweizerischen Tageszeitung Die Tat dar, der mit "Die deutschen Sonderbündler sammeln sich - Geheimkonferenz in Schönenberg" betitelt und ihm von Max von Waldburg-Wolfegg zugeschickt worden war. Über die Konföderationspläne des Ellwanger Freundeskreises, die hier ihren Niederschlag fanden, berichteten auch die deutschen Medien ausführlich¹⁷⁵. Von einer süddeutschen Staatenföderation unter Einbeziehung der amerikanischen und französischen Zone Österreichs war da im Falle des Scheiterns der Londoner Außenministerkonferenz die Rede, die Schaffung eines geschlossenen, kulturell einheitlichen Staatenbundes sei das Ziel der Konferenz gewesen, an der erstmals auch der Badische Staatspräsident Leo Wohleb teilgenommen habe¹⁷⁶. Die Nachrichten aus Schönenberg, einem Karmeliterkloster bei Ellwangen, erwiesen sich aber als weitgehend falsch¹⁷⁷ und entsprachen eher Spekulationen als wohlbegründeten Tatsachen. Die Vermutung von Wolfgang Benz, Fürst Erich habe zu den "ursprünglichen Teilnehmern" des Ellwanger Kreises gehört¹⁷⁸, ist durch die Reaktion des Fürsten entkräftet. Tatsächlich nahm der Fürst zum ersten Mal auf der 13. Tagung des Ellwanger Kreises am 5. und 6. Januar 1952 teil¹⁷⁹. Bis zu seinem Unfalltod 1953 hat er wahrscheinlich auch an den folgenden Tagungen partizipiert.

Fürst Erich von Waldburg-Zeil ließ von seinen versteckten politischen Aktivitäten nicht ab. Pierre d'Huart, der französische Konsul in Stuttgart, wußte darüber an den Politischen Berater von General Koenig, Tarbé de Saint Hardouin, zu berichten. An der Spitze eines Komitees von 15 Personen stünde Fürst Waldburg-Zeil, schrieb er am 12. Mai 1948 nach Baden-Baden¹⁸⁰, allesamt seien sie Mitglieder der CDU und stammten aus Südbaden, Südwürttemberg und Hohenzollern. Der Treffpunkt der Versammlungen sei Ravensburg, von wo aus die "Südstaatler" sich von Wien eher als von München angezogen fühlten. Die strikte Ablehnung des Stuttgarter Zentralismus vereinige sie vortrefflich, auch erinnere sich mancher daran, daß "das Elsaß zu Schwaben" gehöre. Das Hauptaugenmerk gelte aber der Einbeziehung Bayerisch-Schwabens mit der Hauptstadt Augsburg in ein Großschwaben.

Zur Zeit erarbeite das Komitee unter Vorsitz des Fürsten Erich ein kompliziertes Projekt einer schwäbischen Föderation. "Das Land wäre in Kantone nach Schweizer Vorbild eingeteilt. Die Gesamtheit Württembergs [und] Badens würde sich aus fünf ländlichen und städtischen Kantonen wie Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg [und] Reutlingen zusammensetzen."¹⁸¹ Auch wenn das Komitee die beiden Nordhälften von Baden und Württemberg in ein Großschwaben einbeziehen wolle, bestünde doch kein Zweifel daran, daß sich der neue Staat auf den Süden stützen müsse, "das heißt auf die alemannischen Gebiete, die einstmals durch freie Städte und Fürsten, die mit dem Haus Österreich verbunden waren", gebildet wurden. Außer dem Fürsten Waldburg-Zeil nannte

^{175 &}quot;Es war in Schönenberg – Donaufreunde", in: Der Spiegel vom 29. 11. 1947; Neues Deutschland vom 28. 11. 1947; "Föderation süddeutscher Länder?", in: Süddeutsche Zeitung vom 2. 12. 1947; "Ein gefährliches Spiel"; gleichlautende Artikel in: Telegraf und Tagesspiegel vom 3. 12. 1947.

^{176 &}quot;Es war in Schönenberg – Donaufreunde", in: Der Spiegel vom 29. 11. 1947.

¹⁷⁷ Vgl. dazu Benz, Politik insbesondere S. 776-820.

¹⁷⁸ Ebenda, S. 819.

¹⁷⁹ Dornheim, Adel, S. 381.

^{180 &}quot;L'Union du Wurtemberg et du Bade"; d'Huart an Saint Hardouin vom 12. 5. 1948; AdO SGAAA Dir. Pol. c. 10 A 12.

¹⁸¹ Ebenda.

Pierre d'Huart keine Namen, so daß wegen fehlendem weiteren Quellenmaterial die Zusammensetzung des Komitees undurchsichtig bleibt. Es ist allerdings nicht unwahrscheinlich, daß neben dem Ravensburger Oberbürgermeister Albert Sauer auch dessen Singener Amtskollege Bernhard Dietrich mitarbeitete. Hatte jener doch im Sommer 1945 seine Broschüre Alpenland sowie den Bericht des "Aktionskomitees des Alpenländischen demokratischen Bundes" in der Druckerei Hieronymos Weidel in Ravensburg drucken lassen, obwohl in Singen selbst oder im nahen Konstanz ebenfalls entsprechende Betriebe zur Genüge vorhanden gewesen wären. Dietrich scheute aber den für damalige Verhältnisse weiten Weg nach Oberschwaben nicht. Auch in den folgenden Jahren verfügte Dietrich über gute Kontakte nach Ravensburg. Der Tettnanger Kreisdelegierte Albert Merglen wußte von den Tätigkeiten Dietrichs in der oberschwäbischen Metropole zu berichten; der im August 1946 gegründete "Schwäbisch-Alemannische Heimatbund" hatte 1946/47 mehrere Veranstaltungen in Ravensburg durchgeführt¹⁸². Gegen die Mitarbeit in dem Ravensburger Komitee spricht andererseits, daß sich Dietrich betont reserviert gegenüber dem Adel verhielt¹⁸³.

Die Grundkonstanten der Neugliederungsvorstellungen des Fürsten Erich von Waldburg-Zeil waren die Restauration der Standesherrschaft und eine konföderierte Union der süddeutschen und österreichischen, katholischen Gebiete auf stammesföderalistischer Basis samt monarchischer Spitze. Wie ein roter Faden durchzog der Gedanke der Wiederherstellung der österreichischen Verbindungen zum katholischen Oberschwaben seine Pläne. Die "schreckliche, kaiserlose Zeit" wäre unter einem zukünftigen Oberhaupt Otto von Habsburg, der einer Konföderation hätte vorstehen können, zu Ende gewesen. Schwaben sollte eine Ausdehnung vom Rhein bis an die Iller erhalten und in Kantone gegliedert sein. Zusammen mit dem geschrumpften Bayern und dem um Vorarlberg verkleinerten Österreich wäre dann eine – wie er es selbst formulierte – "Rhein-Donau-Konföderation" in Form einer alpinen Union zu bilden gewesen. Die Alpenlandföderation mit monarchischer Spitze hätte wiederum einen gewichtigen Teil des konföderierten, "christlichen Abendlandes" ausgemacht.

Fürst Erich hatte auch seit 1946 zur Finanzierung der Zeitschrift Das Neue Abendland beigetragen; mit dessen Geld konnte Johann Wilhelm Naumann von Augsburg aus für die Erneuerung Deutschlands in christlicher Verantwortung streiten¹⁸⁴. Erst im April 1951 machte der Fürst reinen Tisch. Die Zeitschrift Das Neue Abendland ging aus dem Verlag Johann Wilhelm Naumann in den von Fürst Erich neugegründeten Verlag Neues Abendland GmbH über. Als Eigentümer des frisch etablierten Verlages betraute Fürst Erich den Publizisten Gerhard Kroll mit der Herausgabe. Im August 1953 übernahm der Fürst für einen Monat selbst die Rolle des Herausgebers, nach Erichs Unfalltod kam sein Sohn Georg der redaktionellen Verantwortung nach.

^{182 &}quot;Opinions allemandes sur le fédéralisme"; Merglen an Widmer vom 24. 4. 1947; AdO W-H 1f) Ser. Div. c. 2651. Zum "Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund", seiner Gründung und seinem Programm vgl. Kapitel III/4.

¹⁸³ Vgl. Kapitel III/4.

¹⁸⁴ Benz, Konzeptionen, S. 209.

Waldburg-Wolfegg

Im verwandtschaftlich verbundenen Haus Waldburg-Wolfegg¹⁸⁵ vertrat Fürst Max¹⁸⁶ eine eher zurückhaltende Politik und hielt sich bedeckt im Hintergrund. Öffentliche Auftritte liebte er nicht, und er vermied es tunlichst, seine politische Auffassung zu artikulieren, obgleich ihn die Fragen der Zeit bewegten. Sein Sohn Franz, der im Zweiten Weltkrieg als "wehrunwürdig" eingestuft worden war, verschanzte sich nach 1945 in der Verwaltung des Familienbesitzes. Auch ihm lagen öffentliche Manifestationen seiner politischen Vorstellungen nicht.

Bezüglich der Neugliederung hatte Franz allerdings eine unzweideutige Meinung: die "Los-von-Stuttgart"-Einstellung, die seit der Einbeziehung Oberschwabens in den württembergischen Staat nach 1806 im oberschwäbischen Adel weite Verbreitung gefunden hatte, teilte er vollauf. Im Juli 1946 beklagte er sich in einem Brief bei Fürst Erich von Waldburg-Zeil über die Ausrichtung der Tübinger Regierung nach Stuttgart. "Ich würde es für politisch und wirtschaftlich viel angemessener ersehen, wenn die Synthese Tübingen-Stuttgart gänzlich aufgelassen und statt dessen der völlige Zusammenschluß Tübingen-Freiburg geschaffen würde. "187 Graf Franz gab zu bedenken, daß zwei Verwaltungsapparate im französisch besetzten Südwesten überflüssig seien, und sprach offen seinen Wunsch nach einer stammesmäßigen Gliederung aus: "Nach meiner Auffassung gehört die ganze Tübinger Aufblähung angestochen, aber nicht um mit Stuttgart vereinigt zu werden, sondern um einer sinnvollen zusammengefaßten Einheit im äußersten Südwesten Platz zu machen, die ihre leitenden Köpfe aus ihrem gesamten Gebiet herauszieht und die Liebäugelei nach Stuttgart und Karlsruhe nur soweit betreibt, als es später einmal wünschenswert sein mag, die beiden Einheiten nochmals zu einer Einheit zusammen zu ziehen. Daß es hierbei später angebracht sein könnte, nördliche Gebietsteile abzustoßen und statt ihrer östliche dazu zu nehmen, soll nur angedeutet werden. "188 Der Südstaat mußte demzufolge zuerst geschaffen werden, um später eventuell mit den schwäbisch-alemannischen Teilen Württembergs und Badens, die amerikanisch besetzt waren, vereinigt zu werden. Ohne Baverisch-Schwaben wiederum wäre Großschwaben unvollständig, so die Meinung des Grafen. Er selbst bezeichnete sich als "Südschwaben", und er schob den Franzosen keinesfalls die Schuld an den Zuständen in die Schuhe. "Die Franzosen [hätten...] aber ihre südwestliche Zone sicher nicht als zu groß angesehen [...], um ein einziges Land zu bilden, wenn deren Einwohnerschaft nicht selber so dumm wäre, dies nicht durchzuführen. "189 Im folgenden führte er scharfe Angriffe gegen die auf dynastischen Gründungen fußenden Staaten Baden und Württemberg, Bezeichnungen, die von der Landkarte zu verschwinden hätten. Das Prinzip der württembergisch-hohenzollerischen Politiker umschrieb er in dem Satz: "Geheiligt seien die unverrückbaren Landesgrenzen von 1806/10. [...] Hier müßte einmal richtig

¹⁸⁵ Erich Fürst von Waldburg-Zeil ehelichte eine Cousine der Mutter von Max Fürst von Waldburg-Wolfegg; Interview mit Fürst Max Willibald vom 5. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁸⁶ Max Fürst von Waldburg-Wolfegg (1863–1950) 1890 Heirat mit Sidonie Prinzessin von Lobkowicz.

¹⁸⁷ Franz Graf von Waldburg-Wolfegg an Erich Fürst von Waldburg-Zeil vom 12. 7. 1946; FWZGA NL Fürst Erich 8/1946.

¹⁸⁸ Ebenda.

¹⁸⁹ Ebenda.

hineingezündet und dem schwäbischen Stamm nahe gebracht werden, daß er sich seines Namens auch als Staat nicht zu schämen braucht", fügte er trotzig hinzu, "und Stuttgart müßte sich klar sein, daß es [...] nur eine 'randschwäbische' Stadt ist." Die Neugliederungsdiskussion interessierte den Grafen Franz brennend, wenngleich er Fürst Erich zu verstehen gab, daß ihm "das aktiv politische Gebiet" nicht liege.

Auch einer seiner Vettern, Graf Hubert von Waldburg-Wolfegg¹⁹⁰, teilte die "großschwäbischen" Aspirationen, ohne propagandistisch in die Öffentlichkeit zu treten. Als Verwalter der Fuggerei war er ein wirtschaftlich denkender Mann, den eine intensive Freundschaft mit Fürst Erich von Waldburg-Zeil verband¹⁹¹. Huberts Neugliederungspläne standen auf historischem Fundament, wie Feger sah er im Reich der Staufer das geschichtliche Vorbild für einen schwäbischen Staat. Zwei Monographien zur territorialen Ausdehnung der Hohenstaufer verfaßte er in den fünfziger Jahren¹⁹² mit dem offen ausgesprochenen Wunsch, "die große Zeit der schwäbischen Kaiser unserer Generation näher zu bringen"¹⁹³.

Seine beiden Brüder, die Grafen Johannes¹⁹⁴ und insbesondere Heinrich¹⁹⁵, waren aus anderem Holz geschnitzt. Sie reisten in der Zone umher und lieferten dem Vater, dem Fürsten Max, Informationen zu politischen Vorgängen, die in der Frage einer möglichen Neugliederung eine Lösung anboten. Beide haben auch über Kontakte zu Bernhard Dietrich verfügt: sie waren nämlich am 3. April 1948 einer Einladung zu einer "Geheimkonferenz" des "Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes" nach Singen gefolgt¹⁹⁶. Bereits im Spätsommer 1946 hatte in Überlingen im Gasthaus "Zähringer" eine Versammlung des "Schwäbisch-Alemannischen Heimatbundes"¹⁹⁷ stattgefunden. Conrad Huther, Gründungsmitglied der BCSV in Überlingen, erinnerte sich noch nach Jahrzehnten daran: In der Versammlung "war auch ein Adeliger verteten: Ein Angehöriger des Hauses Waldburg. [...] Diese Tatsache alleine ließ aufhorchen. Dieser Waldburg war

¹⁹⁰ Dem Verfasser stand kein biographisches Material zu Graf Hubert von Waldburg-Wolfegg zur Verfügung.

¹⁹¹ Interview mit Fürst Max von Waldburg-Wolfegg vom 5. 11. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

¹⁹² Waldburg-Wolfegg, Südreich und Ders., Nordreich.

¹⁹³ Waldburg-Wolfegg, Südreich, S. 5. Graf Hubert resümierte, daß er von einer Reise nach Süditalien um 1930 "eine unendliche Begeisterung für die große schwäbische Zeit" mit nach Hause gebracht habe; ebenda.

¹⁹⁴ Johannes Graf von Waldburg-Wolfegg (1904–1966), 1939 Promotion im Fach Kunstgeschichte; 1946–48 Mitarbeit im "Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund"; 1951 Denkmalschützer im Landkreis Wangen; 1957 Mitglied des Denkmalrates des Regierungspräsidiums Tübingen; Gründungsmitglied des Bundes Naturschutz in Oberschwaben. Nachrufe: Rieth, Johannes und Schneider, Memoriam ("Die Heimat war ihm alles und eine seiner großen Sorgen war die Entwurzelung der Menschen, ihre Entfremdung in der Heimat durch das Aufgeben des Althergebrachten und die übertriebene Sucht zur Neuerung"; ebenda, S. 54).

¹⁹⁵ Heinrich Graf von Waldburg-Wolfegg (1911–1972). Der Nachlaß des Grafen Heinrich liegt auf der Heinrichsburg in Eberhardzell. Eine schriftliche Anfrage des Verfassers vom 30. 3. 1994 an den Grafen Josef von Waldburg-Wolfegg-Waldsee blieb unbeantwortet. Der Nachlaß des Grafen Heinrich dürfte zweifellos reichlich Material zur Neugliederungsdiskussion enthalten.

¹⁹⁶ Die Grafen Heinrich und Johannes von Waldburg-Wolfegg haben als Gäste an der Sitzung teilgenommen. Die Einladung selbst ist ein untrügliches Zeichen, daß eine Verbindung bestanden haben muß, da Dietrich nur Personen einlud, deren Gesinnung ihm bekannt war. Vgl.: "Le Heimatbund", Bericht des Sûreté-Kommissars Feris vom 30. 4. 1948; AdO Bade C 2128.

¹⁹⁷ Zum "Schwäbisch-Alemannischen Heimatbund" vgl. Kapitel III/4.

zwar als Person unbekannt, aber die Persönlichkeit stand im Raum. Welche Interessen hatten ihn wohl nach Überlingen getrieben?"198 Es spricht einiges dafür, daß es sich um Graf Heinrich von Waldburg-Wolfegg gehandelt hat, der entweder im Auftrag des Fürsten Max oder aus eigenem Interesse die Aktivitäten des Heimatbundes verfolgte.

Im übrigen war den französischen Stellen die Haltung des Grafen Heinrich hinlänglich bekannt. Sie beurteilten Heinrich als intelligent, diplomatisch und weniger doktrinär als Fürst Erich; der Waldburg-Wolfegger fordere eine noch weitergehende Autonomie für den Südwesten. Wenn er auch nicht den Platz eines Theoretikers einer Autonomiebewegung einnehmen konnte, so war Heinrich in französischen Augen doch als deren Aushängeschild geeignet. Heinrich sei "einer von denen, die sich am weitesten im Sinne der Unabhängigkeit" vorwagten, urteilte Hauptmann de Lacger im Februar 1946 in einem Bericht an das Außenministerium¹⁹⁹. Familiäre Verbindungen ließen den Grafen Heinrich auch in Sigmaringen im Hause Hohenzollern verkehren. Schließlich war er seit 1942 mit einer Tochter des Fürsten Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen verheiratet, der vormaligen Prinzessin Maria Antonia.

Hohenzollern-Sigmaringen

Der Schwiegervater des Grafen Heinrich, Fürst Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen²⁰⁰, war Chef der schwäbischen Linie der Hohenzollern. Seit dem Erlöschen der Linie Hohenzollern-Hechingen im Jahr 1869 und der Abtretung der Souveränitätsrechte an Preußen durch Staatsvertrag vom 7. Dezember 1849 war die Familie der Hohenzollern-Sigmaringen in standesherrlicher Manier bedeutendster Großgrundbesitzer in Hohenzollern. Die Problematik der Hohenzollernfrage, wie sie nach 1918 akut wurde, betraf auch die Rechte der fürstlichen Familie. Eine klare Opposition gegen die formale Angliederung an (Süd-)Württemberg im Juli 1945 ist daher von seiten des Fürsten Friedrich Viktor nicht verwunderlich. Hohenzollern als selbständige Verwaltungseinheit mußte seiner Auffassung nach bestehenbleiben. In dieser Haltung wurde er auch von bürgerlicher Seite unterstützt²⁰¹. Doch die Angliederung der Hohenzollerischen

¹⁹⁸ Interview mit Conrad Huther vom 23. 4. 1993; StadtA KN Cc 775 a.

^{199 &}quot;Objet: La Bavière et le problème allemand", Hauptmann de Lacger vom 2. 2. 1946; MAE Z-Europe Allemagne 1944–1960 61.

²⁰⁰ Friedrich Viktor Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1891–1965), Teilnehmer der rheinischen Ritterakademie in Bedburg; 1907–18 Königlich preußischer und sächsischer Oberst und Königlich rumänischer Divisionsgeneral; Studium der Forstwissenschaften und Übernahme des Stammgutes Umkirch bei Freiburg; 1920 Heirat mit Margarete Prinzessin von Sachsen; 1927 – nach dem Tod des Vaters Fürst Wilhelm – Chef der schwäbischen Linie der Hohenzollern; 1944–45 mehrmonatige Haft der gesamten Familie; nach 1945 Präsident des Malteserhilfswerks; Schirmherr der Erzabtei Beuron im Donautal; Protektor des Hohenzollerischen Geschichtsvereins; Ehrenbürger der Stadt Sigmaringen. Vgl. den Nachruf von Stemmler, Nachruf (mit Bild); vgl. außerdem Massenbach, Hohenzollern, S. 43.

²⁰¹ Der 1949 Egon Müller als stellvertretender Landeshauptmann von Hohenzollern nachgefolgte Sigmaringer Leonhard Stiegler trat bis in die fünfziger Jahre entschlossen für die Selbstverwaltung und eine weitgehende Autonomie Hohenzollerns ein; die stammesmäßige Gliederung Südwestdeutschlands ordnete er einer jahrhundertealten Staatstradition unter: "Hohenzollern ist davon überzeugt [...], daß Stammeseigentümlichkeiten nicht unter allen Umständen zu konservieren sind, daß es jedoch unklug ist, sich über die Tatsache hinwegzusetzen, daß Hohenzollern seit über 400 Jahren zusammengehört"; Stiegler, Selbstverwaltung, S. 16.

Lande an (Süd-)Württemberg war bereits vor der formaljuristischen Auflösung Preußens durch alliiertes Kontrollratsgesetz vom 25. Februar 1947 ein französisches Fait accompli. Die Belange Hohenzollerns wurden fortan von Clemens Moser²⁰², dem Landeshauptmann, der in der ersten Landesregierung in Tübingen zum Staatssekretär für Arbeit ernannt worden war und sich dort für die staatsrechtliche Selbständigkeit Hohenzollerns einsetzte²⁰³, wahrgenommen.

Fürst Friedrich Viktor äußerte seinen Standpunkt zum künftigen staatlichen Aufbau Südwestdeutschlands erstmals im September 1945 in einem vertraulichen Brief an die französische Besatzungsmacht²⁰⁴. Ausdrücklich bat er darum, sein Name möge in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. "Meine Person will ich damit nicht in den Vordergrund stellen, aber ich fühle mich zu diesem Exposé berufen, da ich der Hüter der Tradition eines Hauses bin, das fast 1000 Jahre die Geschicke Oberschwabens mitgeleitet hat." Die beigefügte Denkschrift sollte Ausdruck seines Wunsches sein, "gangbare Wege für den Neuaufbau unserer schwäbischen Heimat, insbesondere des katholischen Teils derselben, massgebenden Stellen zum Vorschlag zu bringen". Die Überschrift war zugleich Programm des Neugliederungsprojekts: "Über die Gründung eines Oberschwäbischen Staates". Die Grundlinien sind schnell umrissen: Die Besetzung des protestantischen Nordens der beiden Länder Baden und Württemberg durch die Amerikaner und des katholischen Südens durch die Franzosen lege eine praktische Staateneinteilung nahe. "Die Oberschwaben und Allemannen [sic!] des Schwarzwaldes sowie der oberrheinischen Tiefebene sind auch historisch nahverwandte Völkerstämme [sic/], die stets gut zusammenpassen werden und dazu kommt noch in überwiegendem Maße die gleiche Religion, ausserdem besteht diese Bevölkerung zum grössten Teil aus Bauern."205 Friedrich Viktor erinnerte eindringlich an die vorderösterreichische Tradition Oberschwabens und Südbadens, auch sei Hohenzollern vor 1806 um den Kreis Balingen und Teile der Kreise Rottweil und Tuttlingen vergrößert gewesen, Gebiete, die erneut an Hohenzollern angeschlossen werden müßten. Die hohenzollerische Bevölkerung lehne es ab, als Teil Württembergs betrachtet zu werden, überdies gehöre man in konfessioneller Hinsicht zum Erzbistum Freiburg. Deshalb schlug Friedrich Viktor ein oberschwäbisch-alemannisches Staatsgebilde vor, das aus drei Regierungsbezirken bestehen sollte. Zum einen aus Baden südlich der Murg mit Freiburg, zum anderen aus Hohenzollern

²⁰² Clemens Moser (1885–1956), 1922–33 Mitglied des Hohenzollerischen Kommunallandtages (Zentrum); 1930–33 Vertreter der Hohenzollerischen Lande im Preußischen Staatsrat; 1945 Landrat von Hechingen; 1945–47 Landesdirektor, dann Staatssekretär für Arbeit in Württemberg-Hohenzollern; 1946 Gründungsmitglied der CDU.

²⁰³ Bradler, Aspekte, S. 12.

²⁰⁴ Die Abschrift des Briefes trägt die Anrede "Herr General". Friedrich Viktor hat ihn in Krauchenwies, das zwar im Grenzgebiet liegt, aber zu Hohenzollern gehört, abgefaßt. Ansprechpartner wäre deshalb General Widmer in Tübingen gewesen. Tatsächlich befindet sich die Abschrift des Briefes im Nachlaß des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber, zu dessen Sprengel Hohenzollern zugeordnet war. Der Brief ist daher wahrscheinlich über Gröber an General Schwartz in Freiburg gelangt. Vgl.: Friedrich Viktor von Hohenzollern an französischen General vom 25. 9. 1945; EAF NL Gröber Nb 8/63.

²⁰⁵ Ebenda.

mit Sigmaringen²⁰⁶ und schließlich aus Oberschwaben²⁰⁷ mit Ravensburg als Hauptstadt. Ein kurzes Resümee folgte dem Neugliederungsvorschlag auf dem Fuße: "Damit wäre ein in sich gesundes Land geschaffen, das politisch, kulturell, konfessionell und auch wirtschaftlich zusammenpasst. Frankreich als Occupationsmacht, aber auch als Nachbarland, würde ein ruhiges, gesundes und arbeitsames Volk zum Nachbarn erhalten, wo für ewige Zeiten grenzpolitische Komplikationen vermieden würden."²⁰⁸ Ohne daß es Fürst Friedrich Viktor ahnen konnte, befand sich sein Vorschlag auf einer Ebene mit den Ausarbeitungen, die im Zivilkabinett Koenig ebenfalls Ende 1945 diskutiert wurden. Und mit der vorgetragenen Stellungnahme weilte der Sigmaringer Fürst in der Hohenzollernstadt in guter Gesellschaft. Im März 1946 waren nämlich in der beschaulichen Stadt zu Füßen des Schlosses Gerüchte im Umlauf, die von der Bildung "einer Art Bund oder einer Über-Partei 'Schwaben' [une sorte de ligue ou de super-parti 'Souabe]" berichteten. Diese spreche sich für die Schaffung eines schwäbischen Staates in den Grenzen der französischen Südzone aus²⁰⁹.

Einer Gleichberechtigung Hohenzollerns redete Fürst Friedrich Viktor auch in den folgenden Jahren das Wort, als sich ab 1948 die Bildung des Südweststaates abzuzeichnen begann. Seine Position machte er im März 1949 in einem Schreiben an Gebhard Müller, den Staatspräsidenten Württemberg-Hohenzollerns, deutlich. Jetzt forderte er zwar nicht mehr eine territoriale Vergrößerung, wohl aber die staatliche Anerkennung Hohenzollerns. Er trug sich mit der Vorstellung, "statt eines Südwest-Einheitsstaates einen südwestdeutschen Bundestaat aufzubauen, in welchem Württemberg, Baden und Hohenzollern gleichberechtigte Partner sind"210. Auch ein solches Projekt wäre den schon lange ad acta gelegten französischen Wünschen aus dem Kabinett Koenig nach der Bildung einer süddeutschen Konföderation sehr nahe gekommen. In der Kompetenz des geplanten südwestdeutschen Bundesstaates hätten nach dem Willen des Fürsten Finanzen, Wirtschaft, Post, "Telegraph", Eisenbahn, Arbeit, Flüchtlingswesen und "Aeussere Angelegenheiten" liegen sollen. Jedem Land des Bundesstaates wären drei Ressorts vorbehalten geblieben: Inneres, Kultus und Land- und Forstwirtschaft. Eine "gemeinsame Vertretung im Weststaate und später Deutschen Bundesstaate" sollte der südwestdeutschen Kleinföderation vollauf genügen. Aus dem Plan spricht deutlich die Stimme des um seinen Einfluß und Besitz fürchtenden Adeligen. Selbstverständlich mußte das Ressort Land- und Forstwirtschaft im Zuständigkeitsbereich des Landes Hohenzollern bleiben, schließlich war die Familie Hohenzollern-Sigmaringen reich mit Grundbesitz

²⁰⁶ Dem Regierungsbezirk Hohenzollern sollten "die württembergischen Oberämter westlich von Hohenzollern und die alten badischen Bezirksämter Überlingen, Messkirch und Pfullendorf zugeschlagen werden"; ebenda.

^{207 &}quot;Oberschwaben mit den Oberämtern Saulgau, Riedlingen, Münsingen, Ehingen, Biberach, Waldsee, Leutkirch, Ravensburg, Tettnang-Friedrichshafen und Wangen, sowie die Teile der Oberämter Blaubeuren, Reutlingen, Rottenburg, Horb und Freudenstadt, die vorwiegend katholische Bevölkerung haben"; ebenda.

²⁰⁸ Ebenda.

²⁰⁹ Rapport mensuel (März 1946) des Kreisdelegierten von Sigmaringen vom 30. 3. 1946; AdO W-H n) Sigmaringen c. 3548 p. 16.

²¹⁰ Friedrich Viktor Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen an Gebhard Müller vom 24. 3. 1949; StA FR T1 NL Leo Wohleb I/1 71. Abschriften dieses Briefes gingen auch an den Badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb, den Landeshauptmann Clemens Moser und den stellvertretenden Landeshauptmann und Bürgermeister von Sigmaringen, Egon Müller.

ausgestattet. Die Frage der Bodenreform beherrschte seit Kriegsende – wie schon in der Weimarer Republik – die Diskussion. Die SPD Südwürttemberg-Hohenzollern hatte die Frage auf die Tagesordnung gebracht, ohne diese jedoch mit dem nötigen Elan zu verfolgen²¹¹. Dennoch nahm der Adel die Bestrebungen sehr ernst und versuchte, eine Koordination seiner Haltung und des Vorgehens zu erreichen. Im Januar 1946 fand deshalb ein erstes Treffen adeliger Großgrundbesitzer auf Schloß Heiligenberg statt.

Das Treffen ist nicht mit dem "Laupheimer Kreis"212, der nach dem Fürstenbergischen Privatbesitz auch "Heiligenberger Kreis" genannt wurde, zu verwechseln. Der "Laupheimer Kreis" stand unter den beiden Mentoren Prinz Max Egon von Fürstenberg und Ulrich Steiner²¹³, dessen Familie in den Adel eingeheiratet hatte²¹⁴. Steiner selbst lebte "im Stil eines wohlhabenden Gutsherrn" und war bestrebt, Anregungen für den demokratischen Neuaufbau zu geben. Ob er, wie Kurt Georg Kiesinger vermutete, tatsächlich hoffte, in der zukünftigen deutschen Außenpolitik als Außenminister mitzumischen, mag dahingestellt bleiben²¹⁵. Das erste Treffen der adeligen Großgrundbesitzer auf Schloß Heiligenberg im Januar 1946 stand hingegen im Zeichen der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der teilnehmenden Gesellschaftsschicht. Dies war aber nur eine Seite der Medaille, die andere trug einen politischen Zug. Gegenstand der Gespräche war ebenso die Gründung einer christlich-sozialen Partei, deren Initiator, Prinz Max Egon von Fürstenberg, als ehemaliges Mitglied der SA belastet dünkte. Rasch wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß der Prinz keinesfalls an der Spitze einer solchen Partei fungieren könne, seine Aktivitäten im NS-Staat verboten öffentliche Auftritte selbstredend. Man kam daher überein, Fürst Erich von Waldburg-Zeil die Führung der zukünftigen Partei zu übergeben²¹⁶. Zur Tat sollte erst nach Klärung der französischen Politik geschritten werden. Über das Projektstadium kamen die Pläne weiland nicht hinaus.

Der Tübinger Oberdelegierte Widmer berichtete von dem Treffen auf Schloß Heiligenberg seinem Vorgesetzten Laffon am 4. April 1946 nach Baden-Baden und konnte den Hinweis nicht unterdrücken, daß "es nicht unwahrscheinlich ist, daß im Laufe des Treffens die Idee eines unabhängigen schwäbischen Staates angesprochen worden sei"217. Die Vermutung Widmers ist mehr als wahrscheinlich; die Korrespondenzen der Fürsten Erich von Waldburg-Zeil und Friedrich Viktor von Hohenzollern-Sigmaringen

²¹¹ Wolfrum, Besatzungspolitik, S. 261–269.

²¹² Als Teilnehmer des Kreises nennt Hans Speidel in seinen Erinnerungen Carlo Schmid, Theodor Heuss, Theodor Eschenburg, Gebhard Müller, Paul Binder, Freiherrn von Stauffenberg, Hans Heinrich Dieckhoff, Klaus Mehnert, Markgraf Berthold von Baden, Gerhard Ritter, Klepper, Rudolf Stadelmann, Benno Reifenberg, Friedrich Sieburg, Otto Lenz und Theodor Pfizer; Speidel, Zeit, S. 245.

²¹³ Ulrich Steiner (1908–1951), Landwirt mir 400 ha Grundbesitz; Mitbegründer der CDU in Laupheim; 1946–49 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern; 1946 Mitglied der Beratenden Landesversammlung und Fraktionsvorsitzender; MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU).

²¹⁴ Dornheim, Adel, S. 380.

²¹⁵ Kiesinger, Jahre, S. 327.

²¹⁶ Das von Fürst Erich ins Französische übersetzte Parteiprogramm, dessen föderalistischer Teil weiter oben bereits im Bericht von Hauptmann de Lacger zitiert wurde, bestätigt die parteipolitischen Pläne des oberdeutschen Adels.

²¹⁷ Widmer an Laffon vom 4, 4, 1946; AdO HCFA AP c. 228 p. 21 d. 72.

belegen die Existenz derartiger Gliederungskonzepte in der adeligen Ideenwelt. Auch die mögliche Errichtung eines "Königreichs Schwaben", bestehend aus den Ländern Baden und Württemberg, wurde mit ziemlicher Sicherheit auf Schloß Heiligenberg verhandelt. Mentor dieser monarchischen Bestrebungen war der in Sigmaringen weilende, bereits 1920 zum Katholizismus konvertierte Herzog Georg von Mecklenburg²¹⁸, der laut französischer Quellen - in oberdeutschen Adelshäusern die Schaffung eines "Königreichs Schwaben" propagierte²¹⁹ und auf der Grundlage monarchisch regierter Gemeinwesen ein lose föderativ aufgebautes Deutschland ins Leben rufen wollte²²⁰. Schon im Sommer 1945 hatten sich in Sigmaringen Stimmen zu Wort gemeldet, die eine solche monarchische Restauration wünschten. "Die Fürstlichkeiten von Hohenzollern-Sigmaringen, deren Umgebung und gewisse hohe Persönlichkeiten der Verwaltung drücken ihre Zufriedenheit darüber aus, sich in der französischen Zone zu befinden. Die partikularistischen Tendenzen und der Wunsch, das katholische Süddeutschland vom preußischen Einfluß befreit zu sehen, kommen laufend zum Vorschein. Manche wünschen eine politische und verwaltungstechnische Aufteilung mit gleichzeitiger Zollunion zwischen den deutschen Republiken und Königreichen, die zu schaffen oder zu restaurieren wären"221, konnte der Sigmaringer Kreisdelegierte Moulin im August 1945 nach Tübingen berichten.

Douglas

Die Familie Douglas stammte ursprünglich aus Schottland; Robert Douglas of Whittinghame, ein Sproß der Familie, kam 1631 an den Stockholmer Hof zu König Gustav II. Adolf und folgte dem Schwedenkönig in den Dreißigjährigen Krieg²²². Im 19. Jahrhundert heiratete die Familie Douglas in die großherzoglich badische Familie ein, die 1826 Schloß Langenstein, 15 Kilometer westlich des Bodensees gelegen, erworben hatte. Als schwedischer Staatsbürger übernahm Graf Wilhelm Douglas 1872 aufgrund der Erbfolge das Schloß in Besitz. Der 1880 ebenfalls als Bürger Schwedens geborene Neffe,

²¹⁸ Georg Herzog von Mecklenburg (1899–1963), Promotion zum Dr. rer. pol.; 1920 Konversion zum Katholizismus; verheiratet seit 1920 mit Irene Michailowna Raievsky; 1928 durch Adoption seines Onkels zum Herzog von Mecklenburg ernannt (zuvor Graf von Carlow); in zweiter Ehe seit 1956 mit Erzherzogin Charlotte von Österreich verheiratet. Vgl.: Handbuch, 1953, S. 378 und Handbuch, 1978, S. 497 ff.

^{219 &}quot;Le Markgraf de Bade, le Prince de Hohenzollern, le duc du Wurtemberg, le Prince de Furstenberg continuent à s'agiter et préconisent toujours un royaume Souabe à constituer par la réunion des Pays de Bade et de Wurtemberg." Zitiert aus: "Note de renseignement", Ausarbeitung der Oberdelegation in Tübingen vom 13. 3. 1946; AdO HCFA AP c. 228 p. 21 d. 72. Die Idee der Wiedererrichtung des Königreichs Württemberg dürfte im Umfeld der herzoglichen Familie Württemberg zu suchen sein, wenngleich Widmer dem Haus Württemberg bescheinigte, daß es nicht an den "Triumph" seiner (monarchischen) Pläne glaube ("le triomphe des idées politiques auxquelles il tient"); Widmer an Laffon vom 4. 4. 1946; AdO HCFA AP c. 228 p. 21 d. 72.

²²⁰ Von französischer Seite wurde Herzog Georg von Mecklenburg als Promotor einer Adelsbewegung mit föderalistischen Tendenzen angesehen; "Etat des differents mouvements fédéralistes, autonomistes et séparatistes de la Z. F. O." (masch. 6 S.) vom 24. 6. 1947; AdO HCFA AP c. 3302 p. 87 d. 87.

²²¹ "Rapport Hebdomadaire (Période du 2 au 8 août 1945)", Oberstleutnant Moulin (Kreisdelegierter von Sigmaringen) vom 10. 8. 1945; AdO W-H n) Sigmaringen c. 3548 p. 15.

²²² Zur Familiengeschichte der Grafen von Douglas: Götz, Schloß, 1972.

Graf Robert Douglas²²³, erhielt 1905 einen Teil des Gutes Langenstein übertragen, seit 1914 war er Erbe des Douglas'schen Stammgutes. Nach modernen wissenschaftlichen Gesichtspunkten strukturierte er die weitläufigen Besitzungen um und schuf eine mustergültige landwirtschaftliche Verwaltung und Nutzung des Stammgutes. Während des Zweiten Weltkrieges hielt er sich zumeist auf Schloß Langenstein auf. Dennoch war Graf Robert Douglas kein unpolitischer Mann; zusammen mit Hans Constantin Paulssen, dem Leiter der Singener Aluminiumwerke, dem Freiburger Historiker Gerhard Ritter und dem Luftschiffkonstrukteur Hugo Eckener bemühte er sich zur Jahreswende 1945/46 um die Gründung einer "Süddeutschen Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden"224. Die französische Besatzungsmacht hatte zu Beginn den unbestätigten Verdacht, die geplante Partei könnte die Ziele der Alpenlandbewegung Bernhard Dietrichs im entstehenden politischen Spektrum vertreten. Durch seine zweite Gattin, Auguste Viktoria, einer geborenen Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen, verfügte Graf Robert über verwandtschaftliche Bindungen zu Fürst Friedrich Viktor, der nach 1945 Pläne für einen alemannisch-oberschwäbischen Staat der französischen Besatzungsmacht unterbreitete. Durch Friedrich Viktor hatte er auch zum oberschwäbischen Adel solide Kontakte, Fürst Erich von Waldburg-Zeil inklusive. Eventuell war er auch Teilnehmer des Treffens auf Schloß Heiligenberg im Januar 1946, bei dem Neugliederungspläne diskutiert wurden. Trotz allem fühlte sich Graf Robert nicht zur Ausarbeitung eigener Staatspläne berufen, zumindest ist nichts Schriftliches davon erhalten²²⁵. Die Franzosen kümmerten sich zudem kaum um die Person des Grafen.

Die amerikanische Militärregierung zeigte wesentlich größeres Interesse an Graf Robert. Im Februar und März 1946 erhielt er zweimal von amerikanischen Offizieren Besuch. Diese boten dem Grafen die Leitung der Landwirtschaftskammer von Württemberg-Baden an; im Falle der Einrichtung einer zentralen deutschen Regierung gaben die Amerikaner zu erkennen, ihm dann das Ministerium für Landwirtschaft zu übertragen²²⁶. Tatsächlich war es der amerikanischen Besatzungsmacht zuvor gelungen, den in Allensbach am Bodensee lebenden, ehemaligen Reichsminister a. D. Dr. Hermann Dietrich²²⁷ in der Funktion des Staatssekretärs für Ernährung nach Stuttgart zu holen. Graf

²²³ Graf Robert Douglas (1880–1955), 1880–99 Kindheit und Jugendjahre auf dem schwedischen Familiengut Gerstorp, Schulbesuch in Schweden; 1899–1900 Landwirtschaftspraktikant auf Bjärka-Säby; 1902–03 Landwirtschaftliche Hochschule Stuttgart-Hohenheim; 1903–04 Studium an der Universität Freiburg i. Br.; 1905 Übersiedlung nach Schloß Langenstein; 1921 deutscher Staatsbürger; 1922 Verleihung des Dr. rer. pol. h. c. durch die Universität Heidelberg; 1924–33 Vizepräsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft; 1925 Gründungsmitglied der oberbadischen Milchzentralgenossenschaft Radolfzell; 1925–33 Präsident der Badischen Landwirtschaftskammer; 1939 Heirat in zweiter Ehe mit Auguste Viktoria, geb. Prinzessin von Hohenzollern-Sigmaringen; 1945–55 Zweiter Vorsitzender des Badischen Waldbesitzerverbandes; 1950–55 Ehrenmitglied des Badischen Grundbesitzerverbandes. Detailliert: Götz, Douglas, S. 100 ff.

²²⁴ Vgl. Kapitel V/2 "Süddeutsche Volkspartei für Aufbau und inneren Frieden".

²²⁵ Im Nachlaß des Grafen Robert Douglas, der sich auf Schloß Langenstein im Hegau befindet, fand sich in den Unterlagen der unmittelbaren Nachkriegszeit kein Hinweis auf mögliche Neugliederungspläne; AL NL Graf Robert Douglas.

²²⁶ Dokumentation über Graf Douglas von der DED für das Cabinet Civil vom 29. 10. 1946; AdO Cab. Civil POL-II-B p. 27.

²²⁷ Hermann Dietrich (1879-1954) 1897 Abitur in Lörrach; 1897-1901 Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie und Geschichte in Heidelberg; 1908 Bürgermeister von Kehl;

Douglas lehnte angesichts seines recht hohen Alters und der Liebe zu seinem Stammgut Langenstein ab. Eher hätte er, da er einen Umzug scheute, eine gehobene Stellung in Südbaden eingenommen, mutmaßten französische Dienststellen in Baden-Baden²²⁸. Ein solches Angebot sollte ihm jedoch nie unterbreitet werden.

^{1912–18} Mitglied der Zweiten Kammer der Badischen Landstände; 1914–20 Oberbürgermeister von Konstanz; 1918–20 Badischer Minister für auswärtige Angelegenheiten; 1919–20 Mitglied der Nationalversammlung in Weimar; 1920–33 MdR; 1928–30 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; 1930 Reichswirtschaftsminister; 1930–32 Reichsfinanzminister und Stellvertreter des Reichskanzlers; 1933–45 Rechtsanwalt; 1946 Sonderbevollmächtigter für Ernährung und Landwirtschaft im Länderrat; 1947 Direktor des Verwaltungsamts für Ernährung und Landwirtschaft in der Bi-Zone. Vgl. Kaller, Dietrich.

Von autonomistischen Tendenzen in Süddeutschland distanzierte sich Dietrich; er betonte, daß "es in Bayern wie in Südbaden Leute gibt, die ihre Spezialsuppe zusammen mit irgendeiner französischen Regierung glauben kochen zu können"; Rede Dietrichs in Stuttgart [um 1948]; BA NL [Hermann Dietrich] 4/471.

²²⁸ Dokumentation über Graf Douglas von der DED für das Cabinet Civil vom 29. 10. 1946; AdO Cab. Civil POL-II-B p. 27.